

Präsident Wolfgang Thierse

Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung

zu den Ergebnissen der europäischen Bildungsministerkonferenz am 18./19. September 2003 in Berlin

Dazu liegen ein gemeinsamer Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung eineinviertel Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Meine sehr geehrten Herren und Damen! Sehr geehrter Herr Präsident! In der letzten Woche haben in Berlin 40 Minister aus 40 europäischen Staaten, Hochschulpräsidenten, Vertreter der europäischen Hochschulorganisationen und Vertreter der Studierendenverbände gemeinsam über die Zukunft der Hochschulen in Europa beraten und sie haben wichtige Entscheidungen getroffen.

Die Bologna-Konferenz in Berlin war ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir sind einen großen Schritt vorangekommen: von guten Wünschen zu konkreten Maßnahmen und Selbstverpflichtungen. Wir haben mit dieser Konferenz einen wichtigen Grundstein für ein Europa des Wissens gelegt, aber auch die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum, für internationale Wettbewerbsfähigkeit und für unsere kulturelle Entwicklung in Europa geschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hochschulen sind der Ort, an dem neue wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden. In Hochschulen wird leistungsstarke Forschung betrieben, exzellent ausgebildet und das Fundament für die **Innovationsfähigkeit** einer Gesellschaft gelegt. Ohne leistungsfähige Hochschulen, in denen hervorragend ausgebildet, neues Wissen generiert und die Umsetzung der Forschung mit hohem Engagement betrieben wird, werden wir weder unseren Wohlstand sichern – das gilt für Deutschland genauso wie für Europa – noch die Herausforderungen bewältigen können, vor denen wir stehen. Deshalb bestimmen heute Hochschulen in zunehmendem Maße über die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft, über ihren Fortschritt und über ihren Wohlstand.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Bundesministerin Edelgard Bulmahn

- (A) Gerade heute, im Zeitalter schnellen Wissenszuwachses, weltumspannender Kommunikation und globaler Märkte haben Hochschulen mehr denn je eine strategische Bedeutung für unsere Zukunft. Sie nehmen im internationalen Wettbewerb eine entscheidende Rolle ein. Sie stellen die entscheidenden Schnittstellen zwischen Bildung, Forschung und Innovation dar. Sie sind gleichzeitig Zentren des **grenzüberschreitenden Austausches** und der internationalen Verständigung. Sie sind der Ort, an dem sehr viele Menschen im In- und Ausland, nicht nur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, ihre berufliche Laufbahn beginnen und hoffentlich erfolgreich fortsetzen, egal ob in der Wirtschaft, in der Wissenschaft oder in den Parlamenten.

Es ist daher unsere Aufgabe, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen zu steigern und die Qualität von Lehre und Forschung zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Genau das war und ist das Anliegen der europäischen Forschungs- und Bildungsminister. Hierzu muss Europa seine geistigen, kulturellen und intellektuellen Energien mobilisieren und diese Kräfte zielgerichtet und strategisch richtig einsetzen. Europa soll auf dem Weg in ein Zeitalter der Wissenschaft und Technologie den Takt der Entwicklung mitbestimmen. Wir wollen ein Europa schaffen, in dem wissenschaftliche Forschung, technologische Entwicklung und konsequente Innovationsförderung zu zentralen strategischen Elementen für die Entwicklung Europas, für mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und sozialen Ausgleich werden.

- (B) Kulturgeschichtlich betrachtet ist dieses Vorhaben übrigens keineswegs etwas Neues, sondern teilweise sogar eine Rückbesinnung auf eine Gemeinsamkeit, die die Entwicklung der europäischen Länder über viele Jahrhunderte geprägt hat. Europa war über viele Jahrhunderte ein **einheitlicher geistiger und kultureller Raum**. Genau das stand auch im Mittelpunkt der Bologna-Konferenz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In einer Zeit, in der weltweit um die besten Köpfe geworben wird, ist die Internationalisierung, also die Schaffung eines europäischen Hochschulraums, ein dringend notwendiges Desiderat, das wir zügig und konsequent umsetzen müssen. Deshalb haben die Bildungsminister von mittlerweile 40 europäischen Ländern ganz konkrete Vereinbarungen für den europäischen Hochschulraum geschaffen. In Bologna sind 1999 von zunächst 29 Ministern dafür die Weichen gestellt und ist der so genannte Bologna-Prozess eingeleitet worden; seither befinden sich die europäischen Hochschulen in einer Phase größter Veränderungen. So etwas hat es in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben. In vielen Staaten finden umwälzende, radikale Veränderungen von Studium und Forschung statt. Überall geht es um eine Neuausrichtung hin zu mehr Qualität und Leistungsfähigkeit, mehr Internationalität und mehr Wettbewerb.

- Deutschland wird und muss hierbei eine Vorreiterrolle spielen. Das ist einer der Gründe, warum wir vonseiten der Bundesregierung seit 1998 die für Investitionen in die Hochschulen vorgesehenen Ausgaben um knapp 24 Prozent erhöht haben. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Diese Anstrengungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden und müssen wir fortsetzen. Die Länder haben übrigens im gleichen Zeitraum ihre Investitionen um 12 Prozent erhöht. Deshalb sage ich ausdrücklich: Bund und Länder müssen ihre Anstrengungen fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir wollen unseren Hochschulen echte Perspektiven geben für exzellente Forschung und hervorragende Ausbildung. Das sind wir den Jugendlichen, uns selber und unserem Land schuldig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir wollen unsere Hochschulen für die Studierenden und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland attraktiv machen. Nur wenn uns das gelingt, können von den Hochschulen auch die notwendigen Impulse ausgehen, die wir für den wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt unseres Landes brauchen.

- Bildung und Forschung haben für diese Bundesregierung Priorität. Das haben wir in den vergangenen Jahren durch viele Entscheidungen immer wieder deutlich gemacht. Wir haben die notwendigen Strukturreformen durchgeführt und die entsprechenden finanziellen Prioritäten gesetzt. Mit der Ausrichtung der Bologna-Konferenz in Berlin haben wir diese Bedeutung einmal mehr unterstrichen. Damit haben wir auch gezeigt, dass wir Verantwortung übernehmen, wenn es darum geht, Europa voranzubringen. (D)

Europa muss ein Kontinent werden, der nicht nur einen Markt für Millionen von Menschen darstellt, sondern auch ein Ort ist, in dem hervorragende Wissenschaft betrieben wird, die Menschen exzellent ausgebildet werden, neue Erkenntnisse gewonnen und Forschungsergebnisse zügig umgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit der **Errichtung des europäischen Hochschulraums** leisten wir dazu einen wichtigen Beitrag. An unseren Hochschulen können wir besser als irgendwo sonst den Grundstein für mehr europäische Zusammenarbeit legen. Mit der bei der Berlin-Konferenz beschlossenen Aufnahme von Albanien, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sowie von Russland, Andorra und dem Vatikan geht die Zusammenarbeit im Hochschulbereich weit über die aktuellen Grenzen der EU hinaus. Damit setzen wir nicht nur ein Signal für den Bologna-Prozess, sondern geben auch der europäischen Einigung neue Dynamik.

Bundesministerin Edelgard Bulmahn

- (A) Die Berlin-Konferenz war ein ganz wichtiger Meilenstein. Sie zeugt auch – das halte ich für genauso entscheidend – von der politischen Kraft Europas, die es möglich gemacht hat, dass 40 Staaten reines Wunsdenken überwunden und sich auf die Eckwerte einer sehr tief greifenden Hochschulreform geeinigt haben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

die konkrete **Selbstverpflichtungen** beinhaltet.

Aber noch etwas möchte ich an dieser Stelle deutlich machen: Die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes ist ohne die engagierte Mitwirkung der Studierenden und Universitäten nicht möglich. Nur durch das aktive Engagement von Hochschulen, Studierenden und der politisch Verantwortlichen wird dieses Ziel erreichbar sein. Deshalb war es so wichtig, dass in die Bologna-Konferenz nicht nur die Regierungen, sondern auch die Hochschulen und die Studierendenverbände selber eingebunden waren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So wünsche ich mir Europa: nicht nur als Europa der Regierenden, sondern als Europa der Menschen, die dort leben.

Wir haben uns auf ein sehr ehrgeiziges Kommuniké verständigt. Mit der Ausrichtung wesentlicher Reformschritte auf das Jahr 2005 haben wir im Übrigen das Reformtempo deutlich erhöht; denn bisher galt als Zielmarke immer das Jahr 2010. Alle 40 Länder verpflichten sich, für die Hochschulen auf nationaler und institutioneller Ebene, das heißt auf Hochschulebene, ein umfassendes Qualitätssicherungs- und Qualitätsentwicklungssystem zu verankern. Hohe Qualität, attraktive Studienbedingungen und attraktive Wissenschaftsbedingungen – das muss das Aushängeschild des europäischen Hochschulraums sein. Ich sage noch einmal ausdrücklich: Nur so wird es uns gelingen, auch international attraktiv zu sein.

Alle 40 Länder verpflichten sich dem Ziel einer gegenseitigen Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das **europäische Kreditpunktesystem ECTS** wird nun flächendeckend umgesetzt.

Zusätzlich haben wir die Einführung eines einheitlichen fremdsprachigen Diploma Supplement beschlossen, welches eindeutigen Aufschluss über die im Studium erworbenen Qualifikationen geben kann. Damit schaffen wir die Grundlage für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit. Mit der vereinbarten wechselseitigen Anerkennung von Hochschulabschlüssen, der Akkreditierung von Studiengängen und der Einführung des European Credit Transfer Systems schaffen wir die wichtigsten Voraussetzungen für Mobilität, Leistungssteigerung und Vergleichbarkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Alle 40 Länder verpflichten sich, bis 2005 die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge als Regelstudiengänge einzuführen. Die Bundesregierung hat die Entwicklung und Einführung der neuen **Bachelor- und Masterstudiengänge** bereits seit 1999 massiv unterstützt. Wir haben im Bundesrahmengesetz die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen. Ich hoffe, dass die Länder jetzt auch in ihren Landeshochschulgesetzen zügig die Voraussetzungen schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist leider noch nicht überall der Fall. Wir haben gleichzeitig die Hochschulen bei der Einführung dieser neuen Bachelor- und Masterabschlüsse mit rund 42 Millionen Euro finanziell unterstützt.

Gleichzeitig haben wir in Deutschland mit der Akkreditierung wichtige Grundlagen für die Qualitätssicherung der neuen Studiengänge geschaffen. Ich sage ausdrücklich: Die Akkreditierung der neuen Studiengänge ist unabdingbar. Sie ist zwingend notwendig, weil wir sonst nicht die internationale Leistungsfähigkeit erreichen, weil wir sonst nicht die Vergleichbarkeit sicherstellen und weil wir sonst sträflich vernachlässigen würden, dass B. A. und M. A. nicht nur neue Namen bedeuten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Es geht also nicht darum, alten Wein in neue Schläuche zu füllen, sondern darum, die Studiengänge zu verändern, sodass sie ein qualitativ hohes Niveau haben und die Chancen, die sie darstellen, von den Studierenden wahrgenommen werden können.

(D)

Die Akzeptanz der Bachelor- und Masterabschlüsse bei den Hochschullehrern, bei den Studierenden und am Arbeitsmarkt ist eine Schlüsselfrage der Internationalisierung. Sie hängt in hohem Maße von der Akkreditierung und damit von transparenter Anerkennung von Leistung und Qualität ab. Dann werden diese Abschlüsse nachgefragt und gefördert. Dann haben wir auch international damit die besten Möglichkeiten.

Bisher sind 18 Prozent der neuen Studiengänge akkreditiert. Ich sage ausdrücklich: Das ist nicht ausreichend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Hochschulen selber wie auch die Länder müssen ihre Anstrengungen verstärken, damit wir hier zu einem guten Ergebnis kommen. Dabei muss es eine klare Profilbildung beider Abschlüsse geben, um den unterschiedlichen Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Hochschulen gerecht zu werden.

Um die Chancen dieses neuen Systems zu eröffnen, brauchen wir grundlegende Veränderungen in den Studiengängen. Die Chancen sind gewaltig, weil die Entscheidungsmöglichkeiten der Studierenden erweitert werden. Das neue System gibt den Studierenden die

Bundesministerin Edelgard Bulmahn

- (A) Chance, durch Kombination attraktiver Qualifikationen ein für die eigene Karriere maßgeschneidertes Studium zu wählen. Es gibt die Chance weltweiter Beweglichkeit, weil sie nicht mehr um die Anerkennung der Abschlüsse kämpfen müssen, sondern diese vereinbart und gewährleistet wurde. Es gibt unseren Studierenden die Chance, jünger als bisher in den Beruf einzusteigen. Es gibt die Chance kürzerer Ausbildungszeiten und die Chance, die **Abbrecherquote**, die in unserem Land in vielen Fächern viel zu hoch ist, deutlich zu senken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrte Damen und Herren, alle 40 Länder haben sich darauf geeinigt, die Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern in Europa zu fördern. Eine hinreichende soziale Absicherung, also eine hinreichende Studienfinanzierung, wie wir sie in Deutschland mit dem BAföG geschaffen haben, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass junge Menschen die Chancen eines Studiums wirklich nutzen können. In einem geeinten Europa ist zwingend notwendig, dass diese Studienfinanzierung in jedes andere europäische Land mitgenommen werden kann.

(Beifall der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Wir haben mit der **BAföG-Reform** die Voraussetzung dafür geschaffen, dass nach einem zweisemestrigen Studium in Deutschland jeder Studierende seine Studienförderung in jedes andere EU-Land mitnehmen kann.

- (B) Aber diese Entscheidung darf nicht nur einseitig sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vielmehr müssen alle anderen Kolleginnen und Kollegen in Europa ebenfalls ihre Studienfinanzierungen entsprechend verändern. Die skandinavischen Länder haben dies im Übrigen schon geleistet. Aber hier gibt es noch eine ganze Menge zu tun.

Derzeit verbringen rund 14 Prozent der deutschen Studierenden einen Teil ihres Studiums im Ausland. Diese Quote auf 20 Prozent zu steigern ist ein ganz wichtiges Ziel dieser Regierung. Denn Auslandserfahrung, Austausch und Zusammenarbeit zwischen Studierenden aus den verschiedenen europäischen Ländern – das sage ich ausdrücklich – sind wichtige Faktoren für die Entwicklung eines Europas des Wissens.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie sind heute auch wichtige Voraussetzungen für den Erfolg im Beruf.

Das Gleiche gilt umgekehrt. Wir haben in den vergangenen drei, vier Jahren erfolgreich sehr viele Anstrengungen unternommen, die Zahl der ausländischen Studierenden in Deutschland zu erhöhen. Die Steigerungsraten liegen inzwischen bei 15 Prozent pro Jahr. Auch das ist notwendig. Denn jeder, der in Deutschland gute Erfahrung gemacht hat, hier gern studiert und gelebt hat und der hier Freunde gewonnen hat, ist zukünftig ein wichtiger Partner für uns.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) (C)

Egal ob in der Wirtschaft oder in der Politik: Wir können auf diese wichtigen Partner nicht verzichten. Deshalb war es so fahrlässig, dass diesem wichtigen Gesichtspunkt der **Internationalisierung** über viele Jahrzehnte zu wenig Augenmerk geschenkt worden ist. Wir haben das geändert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen nicht nur das Studium, sondern auch die Forschung internationaler und leistungsfähiger gestalten. Deshalb bin ich froh darüber, dass nunmehr das Doktorandenstudium als dritte Stufe in das europäische Studienkonzept aufgenommen wurde. Wir stellen damit zwei Dinge sicher: Erstens können wir dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine dritte exzellente wissenschaftliche Karrierestufe anbieten. Zweitens stellen wir mit dem Doktorandenstudium eine enge Verknüpfung des europäischen Hochschul- und Forschungsraums sicher; denn beide gehören zusammen und spiegeln zwei Seiten eines Europas des Wissens wider. Wir brauchen also einen europäischen Forschungsraum *und* einen europäischen Hochschulraum.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Beide tragen dazu bei, die Bedingungen für Spitzenleistung in Forschung und Innovation zu verbessern.

- (D) Wir wollen einen europäischen Hochschulraum, in dem Studierende und Wissenschaftler ganz selbstverständlich zwischen den Hochschulen verschiedener Länder wechseln können, in dem sie wegen der guten Studienbedingungen gerne studieren und in dem sie gute berufliche Möglichkeiten haben.

Die deutsche Hochschulpolitik steht mit dem Bologna-Prozess im Einklang. Für die Bundesregierung ist die Internationalisierung von Wissenschaft, Forschung, Hochschule und Ausbildung auch weiterhin ein zentraler Punkt. Wir haben in den letzten Jahren vonseiten des Bundes viele Initiativen gestartet. Eine Initiative will ich ausdrücklich hervorheben: die Initiative zur Internationalisierung der Hochschulen. Wir haben hierfür rund 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt – ebenfalls mit Erfolg. Unsere Hochschulen sind heute mit Unterstützung meines Ministeriums weltweit mit Studienangeboten präsent. Am 5. Oktober werden der Bundeskanzler und der ägyptische Staatspräsident Mubarak die „**German University**“ in Kairo eröffnen.

Die deutsche Hochschulpolitik steht mit dem Bologna-Prozess im Einklang. Für die Bundesregierung ist die Internationalisierung von Wissenschaft, Forschung, Hochschule und Ausbildung auch weiterhin ein zentraler Punkt. Wir haben in den letzten Jahren vonseiten des Bundes viele Initiativen gestartet. Eine Initiative will ich ausdrücklich hervorheben: die Initiative zur Internationalisierung der Hochschulen. Wir haben hierfür rund 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt – ebenfalls mit Erfolg. Unsere Hochschulen sind heute mit Unterstützung meines Ministeriums weltweit mit Studienangeboten präsent. Am 5. Oktober werden der Bundeskanzler und der ägyptische Staatspräsident Mubarak die „**German University**“ in Kairo eröffnen.

Deutsche Hochschulen nehmen inzwischen unter dem Logo „Hi! Potentials“ einen gewichtigen Platz auf großen internationalen Messen ein. Mit der 2001 gestarteten Marketingoffensive bauen wir die Präsenz auf dem internationalen Bildungsmarkt kontinuierlich aus und werben gezielt für den Studien- und Forschungsstandort Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Krista
Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bundesministerin Edelgard Bulmahn

- (A) Die eingeleiteten Initiativen haben greifbare Erfolge gebracht. Die Zahl der ausländischen Studierenden und die Zahl der ausländischen Wissenschaftler an unseren Hochschulen und in unseren Forschungseinrichtungen sind gestiegen. Wir sind in Europa und weltweit inzwischen ein anerkannter Hochschulstandort, auf den man schaut und wohin man gerne geht.

Ich sage aber auch ausdrücklich, dass wir bei weitem noch nicht das erreicht haben, was notwendig ist.

(Ulrike Flach [FDP]: Wohl wahr!)

Wir sind zwar einen wichtigen Schritt vorangekommen; aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Deshalb werden wir unsere neuen internationalen Preise – wie beispielsweise den **Sofja-Kovalevskaja-Preis** –, die dazu beitragen, dass hervorragende junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Deutschland kommen, weiterhin verleihen.

Europa wird nur als leistungsfähiger Wissenschaftsstandort mit modernen und international ausgerichteten Hochschulen attraktiv bleiben können. Die Berlin-Konferenz hat dafür ein Zeichen des Aufbruchs gesetzt und den Weg, den wir gehen müssen, klar aufgezeigt. Ich wünsche mir dafür Ihre Unterstützung und wünsche vor allen Dingen uns allen viel Erfolg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

- (B) **Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort Kollegin Katherina Reiche, CDU/CSU-Fraktion.

Katherina Reiche (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Stanford University hat einen klassisch-deutschen Leitspruch und der heißt: „Die Luft der Freiheit weht.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das ist auch die politische Kernbotschaft der Bologna-Folgekonferenz. Auch im europäischen Hochschulraum soll die Luft der Freiheit wehen.

Bis zum Jahr 2005 soll das zweistufige System von Bachelor- und Masterabschlüssen vollständig eingeführt sein. Ein dritter Studiengang ist beschlossen: das **Doktorandenstudium**. Studierende und Wissenschaftler sollen, ohne bürokratische Hürden überwinden zu müssen, zwischen den Ländern wechseln können. Der rasante Wettbewerb um die besten Köpfe und Talente ist voll im Gange. Europa wächst hochschulpolitisch zusammen. Dazu gibt es keine Alternative.

Frau Ministerin, zur Wahrheit gehört auch, dass es Jürgen Rüttgers war, der 1998 diesen Prozess mit der Sorbonne-Erklärung initiiert hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- Der gemeinsame Hochschulraum Europa ist ein weiterer Schritt im europäischen Einigungsprozess. Angeschoben hat ihn die Bundesregierung unter Helmut Kohl. Die Schaffung eines europäischen Hochschul- und Forschungsraumes ist traditionelle christlich-demokratische Politik. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die ehrgeizigen Ziele des Bologna-Prozesses sind Startschuss für mehr Freiheit, für Autonomie, Deregulierung und Wettbewerb. All das, Frau Ministerin, kam in Ihrer Rede nicht vor. Dabei heißt es bereits in der gemeinsamen Erklärung der europäischen Bildungsminister:

Die Vitalität und Effizienz jeder Zivilisation lassen sich an der Attraktivität messen, die ihre Kultur für andere Länder besitzt. Wir müssen sicherstellen, dass die europäischen Hochschulen weltweit ebenso attraktiv werden wie unsere außergewöhnlichen kulturellen und wissenschaftlichen Traditionen.

Frau Bulmahn, was haben Sie eigentlich seit 1999 für die Attraktivität der deutschen Hochschulen getan? – Sie haben es ihnen in erster Linie schwer gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Staat muss die Hochschulen in die Freiheit entlassen, damit sie sich im Wettbewerb bewähren.

Das hat bereits Professor Klaus Landfried bei seinem Abschied als Präsident der Hochschulrektorenkonferenz gefordert.

- Zentralismus und Gängelung, das sind die Kennzeichen Ihrer Politik. Ziel muss ein wettbewerbliches Hochschulsystem sein. Was tun Sie? – Die Universitäten und die Länder werden mit einem **Studiengebührenverbot** überzogen – und das, obwohl die Sicherung der Qualität des Studiums durch Studienbeiträge in allen führenden Nationen bis hin zur Schweiz und Australien ein zentrales hochschulpolitisches Thema ist. (D)

Sie führen die Juniorprofessur als Regelvoraussetzung für den Beruf des Professors ein. Sie schaffen die Habilitation faktisch ab. Warum lassen Sie keinen Wettbewerb zu?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie lehnen es ab, das **Auswahlrecht der Hochschulen** zu stärken und einen Wettbewerb um die qualifiziertesten Studenten zu ermöglichen. Für Sie gilt der Satz, den einmal ein ehemaliger Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Gerd Roellecke, gesagt hat:

Jede Organisation entscheidet über die Aufnahme ihrer Mitglieder. Davon gibt es zwei Ausnahmen: die Gefängnisse und die Universitäten.

Die Unionsfraktion begrüßt ganz ausdrücklich die Länderinitiative von Baden-Württemberg und Bayern, das Recht der Hochschulen, die qualifiziertesten Bewerber auswählen zu können, zu stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Katherina Reiche

- (A) Auch SPD-geführte Länder wie Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen und sogar das rot-rote Mecklenburg-Vorpommern möchten dies. Was tun Sie? – Sie lehnen diese Initiative mit fadenscheinigen Argumenten ab.

Wir brauchen dringend eine Strategie für eine ganzheitliche Hochschulentwicklung und kein Klein-Klein mehr. Unser Ziel muss es sein, dass auch aus den international führenden Wissenschaftsländern, insbesondere aus den USA, mehr Studierende zu uns kommen. Frau Bulmahn, Sie haben ausgeführt, dass die Quote der Studierenden, die aus dem Ausland kommen, gestiegen ist. Das ist richtig. Dabei handelt es sich vor allem um Chinesen, Polen und Russen. Sie alle sind herzlich willkommen. Aber junge US-Amerikaner stehen an Stelle 16. Junge Briten und junge Schweizer sind unter den ersten 20 nicht zu finden. Das ist kein Zufall.

Ich verstehe die Verwunderung von Hans-Olaf Henkel, der nach einem Vortrag an der London School of Economics in eine Diskussion verwickelt wurde und dem in bestem Deutsch Fragen gestellt wurden. Auf die Frage, warum die Briten so gut deutsch sprechen, wurde ihm geantwortet: Das sind doch alles Deutsche.

Ihre Rechnung, Frau Bulmahn, geht nicht auf: Sie wollen 40 Prozent eines Altersjahrgangs an die Hochschulen holen. Den Universitäten werden aber im gleichen Atemzug mehr Aufgaben übertragen, und Sie fahren die **finanzielle Ausstattung der Hochschulen** zurück. Der Etat für den Hochschulbau wird beispielsweise um 135 Millionen Euro gekürzt. Das ist ein schlechtes Signal an den Bologna-Prozess.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das Korsett des **Hochschulrahmengesetzes** muss dringend gelockert werden. Wir setzen uns für eine rasche Novelle, für eine **Hochschulreform** aus einem Guss ein. Wir brauchen mehr **Autonomie** für die Hochschulen. Das gilt ebenso für das im 6. HRG verankerte Verbot von **Studiengebühren**. Es muss weg. Auf Dauer wird in Deutschland niemand an Studienbeiträgen vorbeikommen.

(Jörg Tauss [SPD]: Ah, ja!)

Die Entwicklung des europäischen Hochschulraumes ist kein Selbstläufer. Sie haben gesagt, man müsse die Studenten integrieren. Einer der Studenten, die Sie angesprochen haben, bemerkte etwas kritisch, dass dabei möglicherweise nichts als heiße Luft herauskommen würde.

Es gibt in der Tat noch viel zu tun: Wir haben in Deutschland 15 000 **Studiengänge**. Davon sind bisher 1 900 auf das **Bachelor- und Master-Studium** umgestellt worden. Davon sind nur 400 akkreditiert. Stellenweise hat man schlicht Vordiplom und Zwischenprüfung in Bachelor umfirmiert und Studiengänge nur mit einem neuen Namen versehen.

Auch das European Credit Transfer System ist noch weit von seinen optimalen Möglichkeiten entfernt. Es geht nicht, dass das bloße Ansammeln von Punkten nachher nicht akzeptiert wird. Hochschulen, die etwas

auf sich halten, verlassen sich übrigens nicht auf dieses System, sondern überprüfen die Fähigkeiten der Studienbewerber zusätzlich selbst. (C)

Die Umstellung auf die Bachelor- und Master-Abschlüsse ist zweifelsohne ein ganz wichtiger Baustein. Wichtig ist, dass sich diese Umstrukturierung von unten entwickelt. Die Hochschulen wollen und müssen in diesen Prozess eingebunden sein. Ich kann die Bundesregierung nur ausdrücklich davor warnen, diesen Prozess mit zusätzlichen staatlichen Reglementierungsmaßnahmen zu überziehen.

Deutschland gibt im Zuge des Bologna-Prozesses aber auch **Traditionen** auf, die sich bewährt haben. So ist der deutsche **Diplom-Ingenieur** weltweit anerkannt. Er ist ein Markenzeichen für Qualität. Der große Vorzug des deutschen Studiums ist auch die breite Bildung.

(Ulrike Flach [FDP]: Das meinen Sie aber nicht ernst, Frau Reiche?)

Der **Magister** mit einem Hauptfach und zwei Nebenfächern vermittelt durchaus eine Bildung weit über den Tellerrand eines Faches hinaus. Somit hat unser deutsches Hochschulsystem auch Vorteile. Ich finde, auch hier ist Wettbewerb angesagt.

Von den Studierenden, von den Hochschulen, aber auch von der Wirtschaft werden enorme Anpassungsleistungen verlangt. Das betrifft insbesondere die Wirtschaft, die die neuen Studiengänge und die neuen Abschlüsse anerkennen muss.

Frau Bulmahn, ich sage Ihnen noch einmal: Entlassen Sie die Hochschulen in die Freiheit! Nutzen Sie Ihre Gestaltungsmöglichkeiten, damit der Bologna-Prozess ein Erfolg wird. Weniger ist oftmals mehr. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Union wird diesen Prozess mit einer entsprechenden Initiative zur Novelle des Hochschulrahmengesetzes begleiten. Auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen: Die Luft der Freiheit ist nicht aufzuhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile der Kollegin Ute Berg, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ute Berg (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Reiche, leider haben Sie sich in Ihren Ausführungen wieder darauf beschränkt, das Haar in der Suppe zu finden, und haben nur pathetische Aufforderungen formuliert, aber keine konstruktiven Gestaltungsvorschläge gemacht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ute Berg

(A) Aber das kennen wir bei Ihnen.

Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.

Das hat der ausgewiesene Pragmatiker und frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt vor vielen Jahren einmal gesagt. Ich widerspreche ihm an diesem Punkt nachdrücklich;

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Wenn in Ihrer Suppe wenigstens Haare wären!)

denn ich bin der festen Überzeugung, dass Politik beides braucht: Pragmatismus und Visionen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg Tauss [SPD]: Helmut Schmidt meinte Halluzinationen!)

In einem langwierigen Prozess müssen Schritte auf ein angestrebtes politisches Ziel, auf ein für die Zukunft entworfenes Bild hin unternommen werden. In diesem Prozess wird das Bild immer klarer, gewinnt die Vision Konturen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Das ist ja fantastisch konkret!)

Eine solche Vision haben die europäischen Bildungsminister gehabt, als sie 1999 die **Bologna-Erklärung** verfassten. Sie riefen darin zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Bildungsstandortes Europa auf. Die konkrete Zielsetzung des Bologna-Prozesses lautet: Die Studierenden Europas sollen die Möglichkeit bekommen, in allen Ländern Europas zu studieren. Sie sollen dabei vergleichbare Studienbedingungen vorfinden. Daher müssen Qualitätsstandards vereinbart werden, die von allen europäischen Hochschulen anerkannt werden. Konsequenterweise muss es dann auch ein transparentes, wechselseitig anerkanntes System von Studienabschlüssen geben.

(B)

Vorausgegangen war der Bologna-Erklärung der Bildungsminister ein historischer Prozess, der eine unglaubliche Dynamik entfacht hatte. Die politischen Umbrüche Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre – ich nenne als Stichwort den Fall der Mauer – verstärkten den Wunsch nach einem vereinten Europa. Diese Entwicklung veränderte auch die Hochschulen nachhaltig und führte zu einer zunehmenden Mobilität der Studierenden. So hat sich zum Beispiel zwischen 1991 und 2001 die **Zahl ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen** mehr als verdoppelt:

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

1991 waren es nur gut 53 000 Studierende, 2001 bereits über 117 000.

Ein Jahr nach Unterzeichnung der Bologna-Erklärung der Bildungsminister trafen sich die europäischen Regierungschefs in Lissabon. Ihnen war bewusst, dass Europas Zukunft in der **Wissensgesellschaft** liegt und dass nur diejenigen, die in diesem Bereich Vorreiter sind, auch wirtschaftlich stark bleiben werden. Deshalb erweiterten sie die Zielsetzung der Bologna-Erklärung und

formulierten: Bis 2010 soll Europa zum größten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden. (C)

Ungeachtet dessen, dass Bildung einen Eigenwert besitzt, gilt die bereits im 19. Jahrhundert von Alfred Nobel formulierte Einsicht, Wissen zu verbreiten sei Wohlstand zu verbreiten. Diesen Zusammenhang hat die in der letzten Woche veröffentlichte **OECD-Studie** „Bildung auf einen Blick“ eindrucksvoll unterstrichen. Sie macht deutlich: Investitionen in Köpfe lohnen sich für den Einzelnen und für die Volkswirtschaft insgesamt. Wenn wir das **Bildungsniveau** unserer Gesellschaft erhöhen, fördern wir damit auch das **Wirtschaftswachstum**. Daran sollte uns gelegen sein.

(Beifall bei der SPD)

Daher müssen wir als Politikerinnen und Politiker aus sozialem wie aus ökonomischem Interesse heraus die Grundlage dafür legen, dass die Verbreitung von Wissen reibungslos und dynamisch erfolgen kann. Das gilt für den nationalen Bereich genauso wie für den europäischen Raum.

Diese Bundesregierung hat entsprechend gehandelt. Frau Reiche, Sie fragten vorhin, was sie denn getan habe. Ich werde Ihnen einige Punkte nennen: Seit ihrem Amtsantritt hat diese Bundesregierung die **Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung** um insgesamt 25 Prozent erhöht; das dachte ich jedenfalls, Frau Bulmahn dagegen hat von 23 Prozent gesprochen.

(Ulrike Flach [FDP]: 11,7 Prozent! Sie dürfen nicht immer die Ganztagschulen hineinrechnen!)

(D)

– Das gehört dazu. – Gleichzeitig hat sie mit Ministerin Bulmahn durch strukturell notwendige Veränderungen die **Internationalisierung des deutschen Hochschulwesens** vorangetrieben. Sie hat den **Reformprozess** zum Teil initiiert, zum Teil unterstützt und begleitet.

(Zuruf von der CDU/CSU: Von welcher Ministerin reden Sie?)

So hat die **Novellierung des Hochschulrahmengesetzes** zur internationalen Attraktivität des Hochschulstandortes Deutschland beigetragen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörg Tauss [SPD]: Das ist die Wahrheit!)

Durch die Einführung gestufter Studiengänge haben Studierende die Möglichkeit bekommen, mit einem berufsqualifizierenden akademischen Abschluss, dem **Bachelor**, frühzeitig in die Berufspraxis einzusteigen und, wenn sie das Interesse haben, nach längeren Praxisphasen eine Studienphase, nämlich den **Master**, anzuschließen.

(Zuruf der Abg. Katherina Reiche [CDU/CSU])

– Auf den Bereich Qualifikation werde ich gleich noch zu sprechen kommen. Sie müssen so qualifiziert sein, etwas warten zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ute Berg

- (A) Eine weitere Strukturveränderung, die wir eingeführt haben, betrifft die Lehrenden an den Hochschulen. Mit der Einführung leistungsbezogener Elemente in die Besoldungsstruktur und der Einrichtung von Juniorprofessuren stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Hochschulsystems. Speziell die **Juniorprofessur** ist notwendig, damit wir im internationalen Wettbewerb um die besten Nachwuchswissenschaftler bestehen können;

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Flach [FDP]: Dann müssen Sie aber noch viel tun!)

denn so erhalten junge Forscherinnen und Forscher frühzeitig die Gelegenheit, selbstständig zu arbeiten. Das alte System der Habilitation steht diesem Ziel entgegen und ist international nicht konkurrenzfähig.

Entgegen den Hiobsbotschaften der Kollegin Flach von der FDP-Fraktion

(Eckart von Klæden [CDU/CSU]: Qualifikation als Schaden – das ist sozialdemokratische Bildungspolitik!)

wird durch die jüngsten Zahlen des BMBF unterstrichen: Die Juniorprofessur war und ist ein Erfolg. Auf eine Stelle bewerben sich durchschnittlich 7,3 Personen. Für 15 Prozent der bisher besetzten Stellen konnten Nachwuchskräfte aus dem Ausland gewonnen werden und

- (B) (Ulrike Flach [FDP]: Die jüngsten Zahlen unterstreichen das leider nicht!)

– auch das ist bemerkenswert – die Juniorprofessur ist ein Beitrag zur Frauenförderung an den Hochschulen;

(Ulrike Flach [FDP]: Auch das stimmt nicht!)

denn der Frauenanteil beträgt hier 25 Prozent, während er bei den „normalen“ Professuren nur 11,11 Prozent beträgt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Katherina Reiche [CDU/CSU]: Nur können sie dann keine Kinder mehr bekommen, Frau Berg!)

Aber auch verschiedene Förderprogramme haben zur Internationalisierung der deutschen Studiengänge beigetragen; die Ministerin hat eben schon einige genannt. Hier sind das Modellprogramm „International ausgerichtete Studiengänge“, das „Master-Plus“-Programm, durch das die Mobilität deutscher und ausländischer Studierender mit einem ersten Hochschulabschluss unterstützt wird, und das Bund-Länder-Kommissions-Modellversuchsprogramm „Neue Studiengänge“ zu nennen.

Auch das professionelle **Hochschulmarketing** mit werbewirksamen Hochschulauftritten auf internationalen Messen unter dem Motto „Hi! Potentials – International careers made in Germany“ hat zu einem Erfolg geführt und dafür gesorgt, dass der Hochschul- und Forschungsstandort Deutschland noch stärker als bisher wahrgenommen wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C)

Das Ergebnis: Die Zahl ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen steigt stetig.

In der eben bereits zitierten OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ wird das bescheinigt, was gerade gesagt wurde, dass nämlich der Anstieg der Zahl ausländischer Studierender hier in Deutschland extrem hoch war. Im Vergleich zu allen anderen Ländern mit einem höheren Anteil ausländischer Studierender handelte es sich um die dynamischste Entwicklung. Umgekehrt ist dasselbe zu verzeichnen: Auch deutsche Studierende gehen verstärkt ins Ausland. Ich denke, das ist genau das, was wir erreichen wollten, nämlich eine **Internationalisierung** und ein verstärktes Streben von deutschen Studierenden in andere Länder und umgekehrt.

Die vor wenigen Tagen beendete Berlin-Konferenz hat den Prozess dieser Internationalisierung weiter gefördert und war ein zusätzlicher entscheidender Meilenstein auf dem Weg zu einem europäischen Hochschulraum; denn im Unterschied zu den bisherigen Konferenzen wurden in Berlin Ziele vorgegeben, die mittels fest vereinbarter Umsetzungsstrategien bis zur nächsten Konferenz im Jahre 2005 in Bergen erreicht werden können. Ich nenne nur noch einmal die wichtigsten drei Punkte:

Erster Punkt. In allen 40 Bologna-Staaten soll bis zu diesem Zeitpunkt die **Einführung des zweistufigen Gradierungssystems** in Angriff genommen werden. Laut Hochschulrektorenkonferenz sind bei uns bis jetzt 1 764 solcher Studiengänge geschaffen worden. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass der Prozentsatz der akkreditierten Studiengänge natürlich unbedingt weiterhin erhöht werden muss; denn bisher gibt es erst 338 dieser Studiengänge.

(D)

Zweiter Punkt. Die Entwicklung und Durchsetzung von vergleichbaren **Qualitätsstandards** soll auf europäischer und nationaler Ebene forciert werden. Frau Reiche, jetzt komme ich noch einmal ganz explizit auf die von Ihnen angesprochene Qualität: Dazu wurde das European Network of Quality Assurance – das ist ein Zusammenschluss von Qualitätssicherungsagenturen – ins Leben gerufen. Es wird in Abstimmung mit den europäischen Hochschul- und Studentenverbänden Verfahren und Leitlinien für die europäische Qualitätssicherung entwickeln. Am Ende muss man – salopp formuliert – sagen können: Ein Hochschulstudium „Made in Europe“ ist ein weltweit anerkanntes Gütesiegel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Dritter Punkt. Die kostenlose Ausstellung eines Diploma Supplement zu jedem Studienabschluss ist wichtig, weil damit die Abschlüsse erst richtig vergleichbar werden. In dieser **Ergänzung zum Abschlusszeugnis** wird genau festgehalten, welche Leistungen während des Studiums erbracht wurden und über welche Qualifikationen der Absolvent verfügt. Das Endziel lautet: Wo

Ute Berg

- (A) Master draufsteht, ist auch Master drin – und zwar europaweit. Wir streben diesem Endziel Schritt für Schritt mit einer Geschwindigkeit entgegen, die bisher von keiner anderen Regierung in Deutschland vorgegeben wurde.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Flach [FDP]: Oh doch!)

Ich komme nun auf zwei weitere Aspekte, die sicherlich im Laufe der nächsten Phase noch an Bedeutung gewinnen werden. Die Unterzeichnerstaaten betonen in dem Abschlusskommuniqué die **Notwendigkeit lebenslangen Lernens** in einem europäischen Hochschulraum und fordern, die Bedingungen dafür zu schaffen. Ein erweiterter Hochschulzugang und flexible Bildungswege bieten hier Möglichkeiten.

Der zweite Punkt ist die Verknüpfung des europäischen Hochschulraums mit dem **europäischen Forschungsraum**. In diesen Zusammenhang gehört auch die Integration der **Doktorandenausbildung** in den Bologna-Prozess als dritte Stufe des Graduierungssystems. Ich persönlich hätte mir an dieser Stelle noch etwas mehr gewünscht, nämlich die Forderung nach der strukturierten Doktorandenausbildung. In jedem Fall muss aber Exzellenz ein herausragendes Markenzeichen des europäischen Hochschulraums sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Vergleicht man den Bologna-Prozess mit der Geschichte eines Hausbaus, so können wir den jetzigen Stand wie folgt beschreiben: Das Fundament ist gelegt, der Termin der Endabnahme ist bestimmt und wir bauen zurzeit Stockwerk für Stockwerk auf und haben die Detailgestaltung und den Zeitrahmen für die Erstellung der Gewerke festgelegt. Wer schon einmal gebaut hat, der weiß: Man muss immer wieder Zwischenabnahmen verabreden, wenn es nicht zu bösen Überraschungen kommen soll. Diese Verabredungen bzw. Bestandsaufnahmen, das so genannte „stock taking“, wurden in Berlin am 18. und 19. September beschlossen.

Bis zur Endabnahme im Jahr 2010 gibt es zugegebenermaßen noch viel zu tun. Dabei wird auch der **Koordinations- und Kooperationsbedarf von Bund und Ländern** enorm groß sein.

(Beifall der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Die Aufkündigung der Zusammenarbeit, wie insbesondere von den CDU/CSU-regierten Ländern angekündigt, wäre genau das Gegenteil dessen, was bildungspolitisch jetzt geboten ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Wenn es dazu überhaupt noch eines Beweises bedürft hätte, der Bologna-Prozess liefert ihn, Frau Reiche.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja!)

Wenn wir international erfolgreich sein wollen, sind wir gut beraten, die Vereinbarungen, die auf der Berlin-Konferenz getroffen wurden, auf nationaler Ebene jetzt zügig umzusetzen. Für ein kooperatives und planvolles Vorgehen sind dabei drei Schritte besonders wichtig:

Die Bundesregierung muss zeitnah zu einer **nationalen Umsetzungskonferenz** einladen. Länder, Hochschulen, ihre Verbände und Vereine und weitere hochschulpolitische Akteure müssen dort eine Strategie für die Umsetzung der gemeinsam definierten Ziele erarbeiten und festlegen, bis wann diese Ziele erreicht werden sollen. Der Zeitrahmen ist ganz wichtig.

Darüber hinaus ist die Einrichtung einer ständigen nationalen Bologna-Task-Force sinnvoll. Bund, Länder, Hochschulen und Studierende – es wurde ja schon betont, wie wichtig auch die Integration der Studierenden in diesen Prozess ist – sollen hier vertreten sein, um die Umsetzung der Ziele zu begleiten und zu kontrollieren.

Damit der Deutsche Bundestag an dem Reformprozess beteiligt wird, fordern wir die Bundesregierung auf, das Parlament rechtzeitig vor den anstehenden Bologna-Folgekonferenzen über die Erfolge, die auf nationaler Ebene erzielt wurden, zu unterrichten.

(Ulrike Flach [FDP]: Das ist schön! Hoffentlich gibt es die dann auch!)

Bologna, die Hauptstadt der norditalienischen Region Emilia Romagna, steht für den Ausgangspunkt des europäischen Universitätswesens im 12. Jahrhundert. Der Bologna-Prozess zu Beginn des 21. Jahrhunderts, der nicht von ungefähr in dieser italienischen Stadt seinen Ursprung nahm und nach ihr benannt wurde, kennzeichnet eine Entwicklung hin zu einem **gemeinsamen europäischen Hochschulraum**. Dieser europäische Hochschulraum zeichnet sich durch Transparenz und vergleichbare Standards aus. In ihm werden sich Lehrende und Lernende ohne Einschränkungen bewegen und arbeiten können. Dieser internationale Hochschulraum wird sich im internationalen Wettbewerb erfolgreich behaupten. Er wird einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass Europa sich bis zum Jahr 2010 tatsächlich zum größten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sollten sich überlegen, ob Sie in diesem Prozess zu den Architekten oder zu den Blockierern zählen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich werbe dafür, dass wir gemeinsam dafür eintreten, dass dieser Prozess im vorgesehenen Zeitraum zu einem Erfolg für den **Wissens- und Bildungsstandort Europa** wird. Nur so können wir in einem rohstoffarmen Land international konkurrenzfähig bleiben. Dafür, meine ich, lohnt es sich, engagiert zu streiten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) **Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich erteile der Kollegin Ulrike Flach, FDP-Fraktion, das Wort.

Ulrike Flach (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Bologna-Erklärung** war ein erster Schritt zu einem qualitätsorientierten, transparenten und einheitlichen europäischen Bildungsraum. Liebe Frau Berg, diese Entwicklung wurde von denjenigen eingeleitet, die Sie eben als Blockierer bezeichnet haben. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass dies in den 90er-Jahren ein wichtiger und entscheidender Schritt war.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es war eine Art bildungspolitische Zielvereinbarung der EU-Partner.

Die Berliner Vereinbarungen – auch darin sind wir uns völlig einig – gehen darüber hinaus. Es ist wichtig, dass man jetzt endlich konkret wurde, Termine setzte und gemeinsam erklärte, was man wirklich will. Für uns Liberale sind dabei einige Meilensteine besonders wichtig: die interne und externe **Qualitätssicherung** an den Hochschulen bis 2005 und die vollständige **Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge** bis 2010. Darin unterscheiden wir uns grundsätzlich von der CDU/CSU, liebe Frau Reiche. Wenn wir jetzt anfangen, Diplom-, Bachelor- und Masterstudiengänge gegeneinander auszuspielen, haben wir schon verloren. Ich hoffe, ich habe Sie in diesem Punkt missverstanden. Das ist nicht in unserem Sinne. Wir wollen diesen Übergang. Wir alle sollten gemeinsam an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wichtig ist für uns das fremdsprachige Diploma Supplement. Meine Kollegen haben mich gebeten, diesen Begriff zu übersetzen. Es handelt sich um eine fremdsprachige Ergänzung; dies für diejenigen, die es bisher noch nicht wussten. Wichtig ist ein hoch stehendes, möglichst interdisziplinäres Doktorandenstudium. Ganz wichtig – das sehen Sie an unserem Antrag, der Ihnen heute vorgelegt wurde – ist die Mitnahme nationaler Ausbildungsförderung ins Ausland.

Die **Berliner Konferenz** – Frau Ministerin, das erkennen wir gerne an – war vom internationalen Standpunkt her ein Erfolg; das ist gar keine Frage. Die **Aufnahme zusätzlicher Staaten** wie Russland gibt dem Bologna-Prozess eine wirkliche europäische Dimension. Der europäische Bildungsraum ist damit endlich wieder eine kraftvolle Vision, die gerade zu Beginn des Wahlkampfes für die Europawahl im nächsten Jahr auch junge Leute in diesen Integrationsprozess mitnimmt.

Der Bologna-Prozess kann mehr **Qualität** und **Wettbewerb** bringen. Das hat die bürgerliche Regierung unter Kohl in den 90er-Jahren bewegt, diesen Prozess überhaupt in Gang zu setzen. Die Berliner Konferenz nimmt diesen roten Faden jetzt wieder auf.

Nun gehört aber – Frau Berg, in diesem Punkt bin ich anderer Meinung als Sie; dies hat nichts damit zu tun, immer das Haar in der Suppe zu finden – zu dieser Bewertung auch eine realistische **Betrachtung des deutschen Standortes**.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dabei verliert die Vision leider sehr deutlich und schnell an Kraft.

Wie sieht es aus? Von den bereits angeführten circa 15 000 Studiengängen sind erst 338 akkreditiert, Frau Reiche. Wir sind bei der Akkreditierung wirklich deutlich zu langsam und zu bürokratisch. Wenn Sie sich überlegen, dass wir irgendwann einmal fertig werden wollen, dann müssen wir eine geradezu raketartige Geschwindigkeit vorlegen, damit wir diese Akkreditierung endlich auf den Weg bringen.

Deutsche Hochschulen – diesen Vorwurf muss man leider erheben – neigen zum Etikettenschwindel. Dass Diplomstudiengänge einfach nur umbenannt werden – sozusagen alter Wein in neuen Schläuchen –, darf nicht sein. Wir haben damals eine wirkliche **Studienreform** auf den Weg gebracht. Wir wollen etwas anderes, etwas Neues. Gerade wir Liberalen erwarten von den Hochschulen, dass sie diesen Weg mitgehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Jörg Tauss [SPD]: Das erwarten wir alle!)

Es gibt nach wie vor kein deutschlandweit einheitliches transparentes Punktbewertungssystem. Manche Universitäten haben dieses Punktesystem überhaupt noch nicht umgesetzt, manche bewerten Seminare mit mehr Punkten, manche Vorlesungen. Das ist nicht die Transparenz, die wir uns wünschen. Das ist an vielen Stellen nach wie vor Kuddelmuddel.

Hinzu kommt, dass die Verhältnisse an unseren Universitäten oft schlechter als in den anderen EU-Staaten sind. Bei uns rangeln Studenten nach wie vor um Laborplätze. Es fehlt naturwissenschaftliches Instrumentarium. In England ist das anders. In England geht das einfach schneller. Damit haben wir unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen in den europäischen Staaten. Da muss ich das Gleiche sagen, was ich in der letzten Sitzungswoche an dieser Stelle auch gesagt habe, Frau Bulmahn: Wenn Sie die Hochschulbaufördermittel reduzieren, sind wir auf dem genau entgegengesetzten Weg. Dann werden wir unsere Verhältnisse nicht verbessern.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen im Gleitflug hoch, nicht runter.

Wir haben außerdem Probleme mit dem **Übergang vom Bachelor zum Master**. Deshalb kommt es zu schon abstrusen Vorschlägen wie der Quotierung der Übergänge vom Bachelor zum Master, wie es die von uns so geliebte Kultusministerkonferenz vorgeschlagen hat. An dieser Stelle möchte ich ganz deutlich sagen:

Ulrike Flach

- (A) Das ist die zweite wichtige Debatte, bei der kein wichtiger Ländervertreter anwesend ist.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein Skandal, denn wir müssen alle zusammen etwas für diesen Bildungsstandort tun.

(Beifall bei der FDP)

Ein Hemmnis für mehr Internationalität ist auch das verkrustete deutsche **Beamtenrecht**. Bislang verhindern gesetzliche oder bürokratische Vorgaben, dass ein deutscher Professor nach Frankreich berufen wird. Das hat Herr Professor Gaehtgens sehr richtig als absurd bezeichnet. An dieser Stelle möchte ich ein Zitat vorlesen:

Die Überprüfung und Reform des Dienstrechtes und der Personalstruktur ist überfällig ... bis jetzt sind die Vorschläge der Regierung in dieser Frage eine Nullnummer.

Liebe Frau Bulmahn, das haben Sie am 13. Februar 1998 diesem Bundestag mitgeteilt. Das war ein Vorwurf an die alte Regierung Kohl. Aber seitdem hat sich nichts verändert, Frau Bulmahn.

(Jörg Tauss [SPD]: Jetzt aber!)

– Es hat sich nichts verändert, lieber Herr Tauss. Wir warten alle voll Spannung auf das **Wissenschaftstarifvertragsrecht**. Die Liberalen werden entsprechende Vorschläge in den nächsten Wochen machen. Wir werden hier an dieser Stelle über den Wissenschaftstarifvertrag endlich diskutieren und nicht nur theoretische Debatten führen.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Es ist ja auch sehr schön, dass jetzt Russland Teil des Bologna-Vertragswerkes ist.

Präsident Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin Flach, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Tauss?

Ulrike Flach (FDP):

Ich war eigentlich davon ausgegangen, dass Herr Tauss stimmgeschwächt ist.

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse:

Heißt das nun Ja oder Nein?

Ulrike Flach (FDP):

Ich liebe Herrn Tauss. Bitte schön.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Geschmacksverirrung!)

Jörg Tauss (SPD):

Ich danke Ihnen. Wegen der Stimmchwäche, liebe Frau Kollegin, benutze ich das Mikrofon.

Tarifverträge werden immer noch zwischen Tarifvertragsparteien geschlossen, aber leider oder Gott sei Dank – man kann das bewerten wie man will – nicht hier im Deutschen Bundestag verabschiedet. Dürfen wir damit rechnen, dass von den Ländern, in denen die FDP mitregiert, in den nächsten Tagen und Wochen – so habe ich Ihre Ankündigung verstanden – Initiativen auf den Weg gebracht werden, beispielsweise über die Tarifgemeinschaft der Länder, mit den Forschungsorganisationen und den anderen Beteiligten zu wissenschaftstarifvertraglichen Regelungen zu kommen? Ich würde das übrigens sehr begrüßen. Haben Sie das schon auf den Weg gebracht? Hier hilft uns das relativ wenig.

Ich hoffe, meine zarte Stimme ist rübergekommen.

Ulrike Flach (FDP):

Lieber Herr Tauss, meine Sympathie für Sie nimmt gerade ruckartig ab.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist schade!)

Das Problem ist, dass wir uns hier im Bundestag befinden und dass wir Bundesminister haben. Ich bin übrigens froh, dass Frau Zypries und Herr Schily anwesend sind, denn sie sind diejenigen – das wissen Sie genauso gut wie ich –, die das Problem für die Bundesebene schaffen. Wir müssen den Schritt auf Bundesebene gehen. Wir müssen einen eigenen Spartenarifvertrag zulassen. Herr Schily tut unserer zuständigen Bildungsministerin einiges an. Ich erwarte vom Innenminister, dass er endlich den Weg für das freigibt, was die Wissenschaftsorganisationen und wir Liberalen seit vielen Jahren fordern.

(D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig! Und jetzt: Setzen, Tauss!)

Präsident Wolfgang Thierse:

Darf Herr Tauss nachfragen?

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

Ulrike Flach (FDP):

Jetzt kommt der Augenblick, wo ich meine Sympathie völlig auf Null herunterfahre. Lieber Herr Tauss, jetzt möchte ich nichts mehr hören, sondern weiterreden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ute Kumpf [SPD]: Das ist Liebesentzug!)

– Ja, es ist Liebesentzug, wirklich!

Ich möchte jetzt noch etwas über Russland sagen. Unser Antrag bezieht sich darauf, dass

(Jörg Tauss [SPD]: Dazu hätte ich auch eine Frage!)

das **Auslands-BAföG** endgültig reformiert werden muss.

(Beifall bei der FDP)

Frau Bulmahn, Sie haben das Auslands-BAföG als einen der Hauptschwachpunkte bezeichnet. Unser Vorschlag

Ulrike Flach

- (A) liegt auf dem Tisch. Ich erwarte Ihren Vorschlag, damit wir gemeinsam an der Überwindung dieses schweren Mankos arbeiten können. Es kann nicht sein, dass jemand erst in Russland anfangen muss zu studieren, wenn er Auslands-BAföG beziehen möchte, dass es nur für ein Jahr gewährt wird und so viel Bürokratie damit verbunden ist. Hier stößt die schöne Vision eines einheitlichen Bildungsraumes wirklich sehr schnell an harte EU-Außengrenzen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner)

Nun komme ich leider zum Schluss meiner Rede, meine Damen und Herren. Frau Bulmahn hat auf der Berliner Konferenz in der vergangenen Woche gesagt:

Wir dürfen den Schwung gerade angesichts zahlreicher zu bewältigender Aufgaben nicht verlieren.

Ich will Ihnen, Frau Bulmahn, an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Sie haben unsere Mitarbeit angefordert. Wir als Liberale sind auf diesem schwierigen europäischen Weg an Ihrer Seite, und zwar ganz dezidiert auch im Hinblick auf den Kampf mit den Ländern, mit den Universitäten und hinsichtlich der Umsetzung in der Wirtschaft; sie ist nämlich der dritte, sehr schwierige Partner. Wir wollen diese Entwicklung und wir sind in keiner Weise bereit, konservativ zurückzugehen.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Wir wollen nach vorn und wir sind dabei!

- (B) (Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Grietje Bettin, Bündnis 90/Die Grünen.

Grietje Bettin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Eine Vorbemerkung zu Frau Flach und zum Wissenschaftstarifvertrag: Auch wir Grünen stehen hier aufseiten unserer Wissenschaftsministerin und hoffen, dass nun endlich Bewegung in die Sache kommt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir halten das für ein notwendiges Mittel, um in der Wissenschaft entsprechend flexibel weiterzukommen.

Nun aber zu dem eigentlichen Thema, zur Bologna-Konferenz. Eines ist Ende letzter Woche deutlich geworden: Für den Stellenwert von akademischer Bildung in Europa war die Konferenz der Bildungsminister in Berlin ein voller Erfolg. Das **Abschlusskommuniqué** steckt in deutlicher Weise den Rahmen ab, wie ein Studium in Europa in naher Zukunft aussehen wird. Dabei werden wichtige Punkte hervorgehoben.

Erstens. Bildung ist ein öffentliches Gut, das auf keinen Fall Marktinteressen untergeordnet werden darf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- In dieser Hinsicht lässt das Kommuniqué zu meiner großen Freude keinen Zweifel aufkommen. Diese Haltung wird uns auch im weiteren GATS-Prozess helfen. Bildung ist nun einmal keine Ware wie jede andere, sondern muss gesondert be- und verhandelt werden. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie mich nicht missverstehen: Auch wir wollen neue internationale Angebote und Ansätze im deutschen Bildungssystem ermöglichen. Das darf aber nur unter der Maßgabe hoher Qualitätsstandards geschehen und das öffentliche Bildungssystem nicht gefährden.

Die **Qualitätssicherung** europaweit schon bis zum Jahr 2005 zu etablieren ist eine ehrgeizige, aber völlig richtige Zielsetzung dieser Konferenz. Alle Beteiligten sollten hier im Interesse der deutschen Hochschulen konstruktiv zusammenarbeiten, um diesem Projekt der Qualitätssicherung zum Erfolg zu verhelfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein zweiter wesentlicher Punkt: Die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer betonen an vorderster Stelle die soziale Dimension des Bologna-Prozesses. Damit werden die richtigen Prioritäten für die politische Agenda gesetzt. Die wirklichen Grenzen für die Studierenden liegen heute nämlich immer noch in ihrer finanziellen und sozialen Absicherung für ihr jeweiliges Auslandsstudium. (D)

Die Berliner Konferenz hat nun begonnen, diese Barrieren niederzureißen. Denn nur so kann es wieder ebenso selbstverständlich werden, in Krakau oder Prag zu studieren wie in Madrid oder Paris, in Budapest genauso wie in London oder Stockholm. Wir müssen diese Mobilität von europäischer Ebene aus für alle Studierenden sichern, egal aus welchem Land sie kommen.

Die Bundesregierung hat mit der BAföG-Reform in der letzten Legislaturperiode die Weichen hierzu bereits richtig gestellt. Deutsche Studierende können viel leichter als früher ihr BAföG mit ins Ausland nehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Zugang zur akademischen Bildung je nach individueller Leistungsfähigkeit ist eine weitere, besonders wichtige gemeinsame Verpflichtung. Genau hierin besteht in Deutschland noch ein erheblicher Nachholbedarf. Wir müssen endlich die soziale Auslese im Bildungssystem beseitigen und den Talenten aller Menschen in Deutschland – nicht nur der Besserverdienenden – die Möglichkeit bieten, sich zu entwickeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

In Deutschland müssen endlich so viele Akademikerinnen und Akademiker ausgebildet werden, wie dieses Land braucht. Wenn wir weiter hinterherhinken, dann kann das deutsche Bildungssystem zur Belastung für den

Grietje Bettin

- (A) europäischen Einigungsprozess werden. Wir wollen dieses Problem nicht kleinreden, wie es die ansonsten von mir durchaus geschätzte Frau Staatsministerin Wolff zuletzt versucht hat.

Der Antrag der Koalition greift notwendige Schritte auf. Wir wollen im europäischen Hochschulraum Vergleichbarkeit und Transparenz schaffen, ohne die Vielfalt akademischer Bildungsmöglichkeiten einzuschränken. Wir brauchen eine bundesweite Koordination der durch Bologna, Lissabon, Prag und Berlin angestoßenen Prozesse an den deutschen Hochschulen. Allein die Einführung des so genannten **Europäischen Kreditpunkte-Systems** macht noch an vielen Hochschulen Schwierigkeiten. Wir müssen dringend auf Kompatibilität achten.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zum Thema Kompatibilität und Akzeptanz ausführen. Mit der gesellschaftlichen Anerkennung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge ist es in Deutschland bislang nicht so weit gediehen, wie wir alle uns das wünschen. Diese Innovation braucht ihre Zeit, um bei den Studierenden, aber vor allem auch bei der Wirtschaft Vertrauen zu gewinnen. Die Beteiligten in Politik und Wissenschaft müssen ihren Beitrag leisten, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Die Studienpläne sind in vielen Fächern reformbedürftig. Es ist keineswegs damit getan, den Magister durch den Master zu ersetzen und ansonsten alles beim Alten zu belassen.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Prozess der Integration der europäischen Hochschulen ist eine riesige Chance für alle deutschen Hochschulen und für alle deutschen Studierenden. Wenn wir die Dynamik in diesem Prozess nutzen, gelangen wir im europäischen Verbund wieder zurück an die Weltspitze. Lassen Sie uns diese Chance gemeinsam ergreifen! Die heutige Debatte lässt uns hoffen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Marion Seib, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marion Seib (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Mittelalter ging von Bologna – einer der ältesten Universitätsstädte der Welt – in Sachen Bildung eine Initialzündung mit Auswirkungen auf die gesamte europäische Wissenschaftslandschaft aus. Betrachten wir den heutigen Bologna-Prozess als Synonym für eine Initialzündung zur Weiterentwicklung der Bildungssysteme in Europa. Der Bologna-Prozess hat das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines einheitlichen Hochschulraums in Europa geschärft.

Ziel ist – darin sind wir uns alle einig; das hat auch jeder meiner Vorredner betont – die größtmögliche Flexibilität, Mobilität und internationale Wettbewerbsfähig-

keit für Studierende in Europa. Dieses Anliegen ist von größter Bedeutung und deshalb unterstützenswert. (C)

Die europäischen Bildungsminister haben sich über die **Schaffung eines europäischen Hochschulraums** bis 2001 verständigt. Dieses Ziel soll unter Beachtung der institutionellen Kompetenzen, der nationalen Bildungssysteme und vor allem der Autonomie der Hochschulen umgesetzt werden.

Auf der Nachfolgekonzferenz in Berlin sollten über die Fortschritte Bilanz gezogen sowie Richtung und Prioritäten festgelegt werden. Positiv zu vermerken ist zunächst, dass das Doktorandenstudium als weiteres Ziel des Bologna-Prozesses festgelegt wurde.

Wegen der Tragweite der Entscheidungen und der Tatsache, dass wir in vielen Positionen Neuland betreten, sei auf kritische Punkte der Bologna-Nachfolgekonzferenz hingewiesen. Diese Kritik betrifft sowohl inhaltliche Fragen als auch Verfahrensfragen.

Ich möchte mich dabei auf drei Schwerpunkte konzentrieren: erstens das fehlende Verständnis bei den Adressaten des Bologna-Prozesses, zweitens die Akkreditierung und Qualitätskontrolle und drittens die Erweiterung des Bologna-Prozesses.

Die Umsetzung des Bologna-Prozesses wird nur von Erfolg gekrönt werden, wenn die Adressaten – also die Universitäten, Studenten und späteren Arbeitgeber – von den Zielen überzeugt sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D) Eines der Kernelemente des Bologna-Prozesses ist die Umstellung unseres Studiensystems auf eine zweistufige Struktur. Die letzte Erhebung der Hochschulrektorenkonferenz weist für das laufende Wintersemester in Deutschland fast 1 800 Bachelor- und Masterstudiengänge aus. Im Zeitraum 2002/03 entschieden sich aber nur 2 Prozent der Studierenden für das neue System. Das ist doch eine recht kleine Anzahl. Mit anderen Worten: Die Universitäten, die Studenten und die Arbeitgeber stehen noch vor einem gewaltigen Umsetzungs- und Verständnisprozess. Alle schönen Worte auf den Konferenzen werden umsonst sein, wenn sich insbesondere die Lehrenden an den Hochschulen nicht konsequent und hoch motiviert daran beteiligen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die **Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge** darf nicht mit der einfachen Umwandlung der Vordiplome in Bachelorabschlüsse und der Diplome in Masterabschlüsse verwechselt werden. Gerade die Einführung des Bachelor wird die Hochschullehrer bei der Konzeption der neuen Studiengänge zwingen, sich auf die wesentlichen Kernbereiche der beteiligten Fächer zu einigen, ohne die Berufsbefähigung der Bachelorabschlüsse aus den Augen zu verlieren.

Eine wichtige Rolle bei der Motivation der Lehrenden spielt insbesondere der finanzielle Entscheidungsspielraum. Hier gibt der Bund ein schlechtes Vorbild ab.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marion Seib

- (A) Im nächsten Jahr will er beim Hochschulbau 135 Millionen Euro – das sind rund 13 Prozent der bisherigen Mittel – sparen. Durch das Studiengebührenverbot verbaut er darüber hinaus den Hochschulen weitere Einnahmemöglichkeiten. Dies führt auf Dauer zu Frust und Demotivation bei den Entscheidungsträgern an den Hochschulen und kann unserem gemeinsamen Anliegen nicht dienlich sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Bologna-Prozess mit all seinen Chancen ist noch nicht in den Köpfen der jungen Menschen angekommen. Die katastrophale Arbeitsmarktlage – das gilt auch in steigendem Maße für Akademiker – zwingt junge Menschen verstärkt auf die berufliche Perspektive eines Hochschulabschlusses zu achten, zumal deutsche Studierende mit 16 Millionen Studierenden europaweit in Konkurrenz um Lohn und Brot stehen. Neue Abschlüsse ohne Rückschluss auf die Tauglichkeit im Berufsalltag entwickeln unter diesen Umständen nur wenig Anziehungskraft.

Mit ihrer Verunsicherung stehen die Studenten aber nicht alleine da. Auch ein Großteil der potenziellen Arbeitgeber ist vielfach noch nicht hinreichend über die neuen Abschlüsse und deren Möglichkeiten informiert. Damit meine ich nicht die internationalen Großkonzerne. Ich spreche vielmehr vom deutschen Mittelstand, von dem Rückgrat unserer Wirtschaft. Der Mittelstand sind 3 Millionen Unternehmen mit 20 Millionen Beschäftigten. Diese Unternehmen beschäftigen zwei Drittel aller Arbeitnehmer in Deutschland. Die Mehrheit der Hochschulabsolventen findet hier ihren ersten Arbeitsplatz.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein weiterer wichtiger Punkt bei der Errichtung eines europäischen Hochschulraums ist die **Qualitätssicherung** der einzelnen Studiengänge. Die beiden Instrumente zur Qualitätssicherung – Evaluation für die interne Qualitätsverbesserung und Akkreditierung zur Einhaltung extern vorgegebener Standards – stehen im Vordergrund der Diskussion. Auch das Berliner Communiqué der Ministerkonferenz geht auf die Qualitätssicherung ein. Bis zum Jahr 2005 sollen in allen Ländern entsprechende Strukturen geschaffen werden, danach sollen die internationalen Qualitätssicherungssysteme in ein europäisches Netzwerk für Qualitätssicherung eingebunden werden. Nur ein solches Netzwerk kann die Vielfalt kultureller Traditionen der verschiedenen Länder widerspiegeln.

Bei der hochschulübergreifenden Qualitätssicherung hat sich Deutschland für die **Einrichtung eines Akkreditierungsrates** entschieden. Dieser Rat hat inzwischen sechs Agenturen zugelassen, die wiederum Studiengänge akkreditieren. Auf den ersten Blick sind wir vorangekommen. Aber ein genauer Blick auf die Zahlen trübt das Bild. Wir haben bis jetzt nur 338 akkreditierte Studiengänge. Bei gut 11 000 Studiengängen an deutschen Hochschulen ist das ein verschwindend geringer Anteil. Es bleibt zu befürchten, dass sich der Akkreditie-

rungsstau nicht so leicht abbauen lässt. Selbst wenn es zu Gruppenakkreditierungen kommt und mehrere Studiengänge in einem Verfahren zusammengefasst werden, frage ich: Woher sollen die für die Akkreditierungsverfahren erforderlichen Gutachter kommen? Schon jetzt klagen die Agenturen über einen Mangel an Gutachtern. (C)

Frau Flach, wir müssen – bundesweit – noch einmal über Folgendes reden: Auch wenn Bachelor und Master in Zukunft die wichtigsten Abschlüsse im Hochschulbereich darstellen werden, dürfen sie Diplomstudiengänge nicht völlig verdrängen. Die Kultusministerkonferenz hat dies als richtig erkannt und sich in ihren zehn Thesen zur Bachelor- und Masterstruktur in Deutschland für die Beibehaltung bewährter Diplomabschlüsse über das Jahr 2010 hinaus ausgesprochen. Dies betrifft vor allem die weltweit anerkannten deutschen Ingenieurdiplome. Hier sollte man Bewährtes nicht fahrlässig aufgeben und über Bord werfen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bei der Umsetzung der Qualitätsabsicherung dürfen wir nicht vergessen, dass wir es nicht nur mit dem EU-Raum zu tun haben; die internationalen Entwicklungen im Bereich der Hochschulen, die zum Teil gegenläufig sind – wie in den USA –, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Der Erfahrungsaustausch in den supranationalen Netzwerken wird und muss auf die europäische Hochschullandschaft zurückwirken. Der Bologna-Prozess umfasst nicht nur EU-Staaten oder zukünftige EU-Mitglieder, sondern auch viele weitere Länder; beispielsweise gehören so unterschiedliche Staaten wie Norwegen oder die Türkei zu den Teilnehmern am Bologna-Prozess. In Berlin wurden weitere Länder aufgenommen, darunter Albanien, Bosnien-Herzegowina, Russland und der Vatikan. Damit ist die Anzahl auf 40 gestiegen. (D)

Ganze Regionen, wie die Karibik oder Lateinamerika, sind an einer engeren Zusammenarbeit mit den Ländern, die am Bologna-Prozess teilnehmen, interessiert. Bei dieser Entwicklung sei die Frage erlaubt, ob der Bologna-Prozess nicht über das Ziel hinausschießt. Ist eine Bildungslandschaft von Lissabon bis Wladiwostok oder von Berlin bis Rio noch überschaubar? Ziel des Bologna-Prozesses war und ist es, die weltweite Ausstrahlungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulraums zu stärken. In der Bologna-Erklärung von 1999 heißt es ausdrücklich:

Das Europa des Wissens kann seinen Bürgern die notwendigen Kompetenzen für die Herausforderungen des neuen Jahrtausends ebenso vermitteln wie ein Bewusstsein für gemeinsame Werte und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen sozialen und kulturellen Raum.

Durch die **Erweiterung des Bologna-Prozesses** über den europäischen Kontinent hinaus sehe ich das Grundverständnis der Bologna-Idee gefährdet. Die Idee eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums wird dadurch eher verwässert als vorangebracht und kann zu herben Enttäuschungen bei allen Beteiligten führen.

Marion Seib

- (A) Sehr geehrte Frau Ministerin, am Ende des Rückblicks auf die Berliner Ministerkonferenz möchte ich Sie auffordern:

Erstens. Wecken Sie das Verständnis bei den Adressaten des Bologna-Prozesses in Deutschland, damit die Motivation verbessert und die Kommunikation zwischen Absolventen, Hochschulen und der Wirtschaft fortgesetzt wird!

Zweitens. Stärken Sie unsere eigenen Qualitätssicherungssysteme! Fördern Sie aktiv die Zusammenarbeit zwischen den zentralen Akkreditierungsorganisationen in Europa!

Drittens. Behalten Sie bei der Neuaufnahme weiterer Mitglieder den Grundansatz der Bologna-Idee im Blick!

Wir werden Sie wohlwollend, aber sicher auch kritisch begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist Dr. Gesine Löttsch.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte den Gästen sagen: Ich bin Abgeordnete der PDS.

- (B) Frau Bulmahn, Sie haben auf Ihrer Internetseite dieses Thema mit „Studieren ohne Grenzen“ überschrieben. Diese Idee ist uns sehr sympathisch. Doch es gibt Befürchtungen, die – soweit ich weiß – auch Sie teilen, dass wir zwar bald eine gemeinsame europäische Hochschullandschaft ohne Grenzen haben werden, aber immer weniger Studierende über die finanziellen Mittel verfügen werden, um diese Grenzen wirklich zu überschreiten. Ich meine, wir dürfen uns in dieser Debatte nicht nur über die Angleichung von Abschlüssen unterhalten, sondern wir müssen uns auch mit der **sozialen Situation von Studierenden** beschäftigen.

Großbritannien ist nur ein Beispiel, das zeigt, dass nach der Einführung von Studiengebühren die Bedingungen für die Studierenden immer schlechter geworden sind: Die Gebühren sind gestiegen und Freibeträge für ärmere Studierende sind gesenkt worden. Eine Verbesserung der Studienbedingungen an den staatlichen Hochschulen und Universitäten konnte selten festgestellt werden.

Auch in Deutschland wird das Thema **Studiengebühren** heiß diskutiert. Die Rednerin der CDU/CSU meinte unbedingt betonen zu müssen, dass Studiengebühren eingeführt werden müssen. Ich denke, es ist ein Irrglaube, dass Studiengebühren die Situation in den Universitäten und Hochschulen verbessern und die Studentinnen und Studenten damit zu nachgefragten Kunden werden. Ich kann nur hoffen, dass man in Deutschland nicht die gleichen Fehler wie in Großbritannien machen wird.

(C) Die Diskussion über Studiengebühren ist doch nur ein Vorspiel für diejenigen, die Bildung als Geld bringende Dienstleistung auf den Markt bringen wollen. Es besteht die reale Gefahr, dass mit den GATS-Verhandlungen ein Wettbewerb um die tertiäre Bildung entfesselt wird, der für unsere Gesellschaft nicht gut ist. Die Vermarktung der Bildung wird zwangsläufig die Einschränkung frei zugänglicher Bildung für bestimmte Bevölkerungsgruppen bedeuten. Die Bildungschancen werden wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie an dieser Stelle an den **Sputnikschock von 1957** erinnern. Der Schock darüber, dass die Sowjetunion es geschafft hatte, vor den Vereinigten Staaten von Amerika quasi den Weltraum zu erobern, hatte für die USA eine heilsame Wirkung. Sie erkannten, dass ihr Bildungssystem, insbesondere das Hochschulsystem, viel zu elitär war. Es ist zwar schon fast 50 Jahre her, aber trotzdem können wir uns daran erinnern, dass die USA in der Weise reagierten, dass sie ein Gesetz verabschiedeten, das die Hochschulen und Universitäten für breitere Bevölkerungsschichten öffnete. Dieses Gesetz zeigte schnell Wirkung. Die Vereinigten Staaten konnten damals im Bildungsbereich schnell aufholen.

(D) Warum dieser geschichtliche Rückblick? Wenn wir in Europa die Gefahren der Kommerzialisierung der Bildung nicht erkennen, wenn wir nicht erkennen, was mit den GATS-Verhandlungen auf dem Bildungssektor geschehen kann, dann können wir in der Wissensgesellschaft nur verlieren; denn für die moderne Wissensgesellschaft braucht man nicht nur die Eliten, dafür braucht man die ganze Gesellschaft, dafür braucht man freien Zugang zur Bildung und dafür sollten sich alle einsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Ernst Dieter Rossmann, SPD-Fraktion.

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Reiche, Frau Flach, am Anfang möchte ich Ihnen darin Recht geben, dass das ein **gemeinsamer Prozess** ist, also ein Prozess, der nicht erst mit einer sozialdemokratisch-grünen Regierung begonnen hat. Wenn man anerkennt, dass der Ausgangspunkt Sorbonne, Paris, war, dann erkennt man auch an, dass es schon damals einen Konsens gab und dass Herr Rüttgers an dem ersten Schritt mitgewirkt und dort Einfluss genommen hat. Wenn das so ist, dann kann man genauso anerkennen, auch ausdrücklich, dass eine sozialdemokratisch-grüne Regierung mit einer Bildungsministerin Bulmahn in diesem Prozess ungemein konstruktiv, wirkungsvoll und tief greifend positiv verändernd mitgewirkt hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ernst Dieter Rossman

- (A) Die Anerkennung des ersten Schritts von Herrn Rüttgers führt dazu – hoffe ich –, dass das ganze Haus fair die Anerkennung für das ausspricht, was in vier Jahren darauf aufgebaut worden ist.

(Ulrike Flach [FDP]: Noch freundlicher konnte es nicht werden, Herr Rossman!)

Ich meine wohl, dass es da auch Differenzierungen gibt.

Wenn wir jetzt eine Parlamentsdiskussion dazu führen, dann müssen wir kritisch reflektieren, dass wir nach 1998, Sorbonne, glaube ich, keine große Parlamentsdebatte zu diesem Thema gehabt haben, dass wir auch Bologna ohne große Parlamentsdebatte haben vorbeigehen lassen – wir haben uns gefreut, aber wir haben das nicht zum parlamentarischen Gegenstand gemacht – und dass für Prag das Gleiche gilt. In Berlin nun sind wir endlich parlamentarisch beteiligt.

(Beifall bei der SPD)

Selbstkritisch müssen wir aber sagen: Wir sind nach Berlin dabei. In Zukunft muss es so sein, dass wir vor der nächsten Konferenz in Bergen, vor dem nächsten Schritt, und vor den weiteren Schritten beteiligt werden.

(Beifall der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Das ist die Selbstverpflichtung, die wir als Parlamentarier haben.

Der Antrag, den wir von den Koalitionsfraktionen eingebracht haben, ist einer, der vieles nur begrüßen kann, der aber in manchem Perspektiven aufzeigt. Trotzdem bitten wir darum, dass er nach Beratung im Ausschuss möglichst von allen Fraktionen hier im Parlament mitgetragen wird.

- (B)

(Ulrike Flach [FDP]: Dann müssen die Abgeordneten aber auch zu der Konferenz zugelassen werden! Das wäre eine deutliche Verbesserung!)

– Den Wunsch der Parlamentarierin Frau Flach, dass die Abgeordneten zugelassen werden sollten, mögen wir als überzeugte Parlamentarier mittragen; gleichzeitig wissen wir aber, dass es dabei auch um pragmatische Fragen geht. Bologna ist mittlerweile zu einem so großen Prozess geworden – es gibt so viele Beteiligte, zum Beispiel Studenten und Vertreter der Hochschulen aus den jeweiligen Staaten –, dass wir einen Weg der Parlamentarisierung finden müssen, so wie wir das im EU-Bereich erreicht haben, wenn es um einen europäischen Bildungsraum geht.

Die Reflexion über das, was eigentlich passiert ist, möchte ich an einer Stelle zuspitzen: beim **europäischen Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftsraum**. Frau Bulmahn hat gesagt, dass die Hochschulen dort eine Schlüsselrolle einnehmen. Frau Berg hat von einer Vision gesprochen. Ich will mich mit dem auseinandersetzen, was Frau Seib gesagt hat. Frau Seib, ich teile Ihre Einschätzung, dass es gut und, ich glaube, auch in unser aller Interesse ist, dass Russland in diesen europäischen Bildungsraum mit einbezogen ist, selbst wenn Russland bis Wladiwostok reicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C) Es ist fast ein Wunder, welche Länder hierbei mitmachen. Dabei müssen wir immer wissen, welche Unterschiede zwischen Ländern wie England, den Niederlanden oder Deutschland als den reichsten Ländern und einem Land wie Albanien, einem der ärmsten Länder, bestehen und wir müssen uns klar machen, dass wir uns in diesem Prozess nicht überfordern dürfen.

Es ist gut und wichtig, dass diese Erweiterung über den engeren EU-Rahmen hinausgeht. Die Karibik und andere Staaten, die hier angesprochen wurden, sollen – so habe ich es jedenfalls verstanden – zwar nicht Teil des europäischen Hochschulraums werden, aber es wäre gut, wenn der Prozess, der sich jetzt in Europa vollzogen hat, auch zum Vorbild für andere Regionen wird und sich auf diese Weise auch am Prozess teilhaben können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, auf dieser Ebene können wir zusammenfinden, ohne dass irgendwelche Ressentiments geweckt werden.

Ein weiterer Punkt, der den Blickwinkel betrifft, ist mir aufgefallen: Wir haben hier im Parlament immer wieder schnell Europa und die USA verglichen und lange darüber diskutiert. Wir haben also das US-amerikanische Hochschul- und Forschungssystem als Bezugspunkt für uns gewählt. Wir haben jetzt aber die Chance, einen **eigenen europäischen Bezugspunkt** herzustellen. Das gibt neues Selbstbewusstsein und schafft Identität. Dadurch kann man junge Menschen gewinnen und Tradition und Moderne verbinden. Ich glaube, es tut uns gut, wenn wir in Zukunft häufiger fragen, wie es die Niederländer, die Norweger oder die Russen machen, statt immer nur zu fragen, wie es die USA machen. Bei der Gestaltung dieser Dinge geht es auch ein wenig um eine Emanzipation Europas.

(D) Frau Ministerin, Sie haben am Anfang gesagt, Wettbewerb, Flexibilität und Freiheit sollen ebenfalls wachsen. Gleichzeitig geht es ja auch darum – ich möchte noch einmal einen Aspekt verstärken, den ich in Ihrer Rede wahrgenommen habe –, festzuhalten, wie die europäische Hochschulidee aussieht. Als Erstes nenne ich die Verbindung bzw. die **Einheit von Forschung und Lehre**. Diese gibt es nicht in allen anderen Hochschulräumen der Welt, aber sie ist seit den Hochschulgründungen von Bologna und Prag bis in die Gegenwart ein Teil unserer Tradition. Hinzu kommt der freie Zugang zu den Hochschulen. Dies muss auch bei der Debatte um Hochschulgebühren beachtet werden, wenn man anfängt, verschiedene Maßstäbe für Erst- und Zweitstudium anzulegen und festzulegen, wann ein Erststudium ungebührlich überzogen wird. Weiterhin nenne ich die Eigenständigkeit von Hochschulen. Diese muss als Maßstab für die Bestimmung des Verhältnisses zwischen staatlicher Reglementierung und Autonomie in Form von eigener rechtlicher Gestaltungsfähigkeit der Hochschulen angelegt werden. Außerdem nenne ich die Vielfalt und nicht zuletzt auch als demokratische Komponente die Beteiligung von Professoren, Lehrenden und Lernenden an der Gestaltung der Hochschulen. Wenn man all dieses sammelt, gewinnt der europäische Hochschulraum

Dr. Ernst Dieter Rossmann

- (A) auch eine eigene Qualität und man unterwirft ihn nicht der rein ökonomischen Betrachtung des einheitlichen Wirtschafts- und Arbeitsraums.

Peter Glotz, früherer Vordenker der SPD, sagte vor einiger Zeit einmal auf die Frage, wie man Bildung in Zukunft definieren könne: Sie muss humanistisch, ökologisch und europäisch sein. Ich glaube, dieser 15 Jahre alte Ausspruch von Peter Glotz findet unter anderem im Berlin von heute eine Entsprechung und Erfüllung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Prozess – das haben Frau Seib und andere angesprochen – beinhaltet einen sehr ehrgeizigen Fahrplan. Es ist ja gut, wenn man schnell vorankommen will, aber man darf sich dabei nicht verhaspeln. Wir müssen die unterschiedlichen Geschwindigkeiten, die die einzelnen beteiligten Länder vorlegen, berücksichtigen. Wir müssen diesen Prozess sicherlich in manchen Punkten beschleunigen, wir müssen uns aber zugleich auch auf bestimmte Fragen konzentrieren, denn man kann nicht alles zur gleichen Zeit anfassen. Die Bildungsminister der beteiligten Staaten haben sich deshalb auch auf drei Schwerpunkte konzentriert: **Qualität, Stufung des Studiums und Transparenz**, also gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen.

- (B) Sie, Frau Bettin, sagten, einen weiteren Schwerpunkt stelle die soziale Dimension dar. Wenn man ehrlich ist, muss man dazu sagen, dass dies kein primärer Schwerpunkt ist. Ich möchte hier auch einmal kritisch fragen, ob dieser Frage eine solche Rolle in einem Hochschulraum, der von Russland über Albanien bis zu den Niederlanden reicht, zukommen könne. Wenn wir die soziale Dimension an den Anfang aller Fragen setzen und mit ihrer Hilfe einen europäischen Hochschulraum konstituieren wollten, besteht am ehesten die Gefahr, dass man sich verhaspelt, die Hochschulen überlastet bzw. mit zu hohen Ansprüchen belastet, weil die sozialen Bedingungen, also die Lebensbedingungen, in dieser Vielzahl von Ländern so unterschiedlich sind. Das heißt nicht, dass man nicht in einigen Schlüsselfragen dieses Thema angeht. Aber die soziale Dimension gleich an die erste Stelle der Schwerpunkte zu setzen, birgt aufgrund der Verschiedenartigkeit der Länder in sich die Gefahr der Überforderung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Man muss sich darüber austauschen. Wenn es dann an anderer Stelle um bestimmte Schlüsselpunkte geht, wird das hoffentlich Ihre Unterstützung finden.

Ich will nicht auf alles Positive eingehen. In Bezug auf die **Qualität** möchte ich nur erwähnen, dass die Akkreditierung ein komplexer Prozess ist und Zeit braucht. Wir von der SPD-Fraktion fragen uns, ob zur Akkreditierung, zur Qualitätssicherung nicht auch gehört, dass man bei der Bildungsforschung, bei der wissenschaftlichen Betrachtung, nicht nur in den Blick nimmt, was sich an den Schulen vollzieht – siehe PISA – und wie das Thema Ganztagschulen – eine aktuelle Debatte – anzugehen ist, sondern auch das Geschehen im Hoch-

- (C) schulbereich: Wie kann dort, im Curricularen, in der Verbindung von Forschung und Lehre für mehr Qualität gesorgt werden? Wie findet man Menschen, die bei der Qualitätssicherung mitwirken können? Diese Fragen sind nicht hinreichend beleuchtet. Wenn wir den Prozess von Bologna fortführen wollen, dann muss Hochschulforschung ein Schwerpunkt sein, der parallel aufgebaut wird. Sonst bleibt Qualitätssicherung eher eine formale Frage.

Eine Anmerkung in Bezug auf das in **Bachelor** und **Master** gestufte Graduerungsverfahren. Man darf nicht alles als Konsens erscheinen lassen; sonst wird nicht mehr deutlich, dass es im Parlament verschiedene Auffassungen gibt. Deshalb, Frau Reiche, müssen Sie sich an dieser Stelle zwei Kritikpunkte gefallen lassen.

Den Abgeordneten und auch den Hochschulen ist teilweise noch bekannt, wie wir das Hochschulrahmengesetz novelliert haben und dass es damals eine Auseinandersetzung über die Frage gab: Soll dort verbindlich geregelt werden, dass die Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt werden, oder soll die Einführung ausschließlich freiwillig geschehen? Die CDU/CSU war für die Freiwilligkeit. Wir haben parlamentarisch die Verbindlichkeit durchgesetzt. Wie stünden wir heute im Bologna-Prozess da, in dessen Rahmen die Einführung bis 2005 beschlossen worden ist, wenn wir uns damals nur auf Freiwilligkeit geeinigt hätten? An dieser Stelle haben Sie die historische Entscheidung verpasst.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Der zweite Kritikpunkt. Sie haben von der „Luft der Freiheit“ gesprochen; ich dachte immer, es hieße „Wind der Freiheit“. Sie meinten damit, die Hochschulen sollten in die Freiheit entlassen werden, was die **Auswahl der Studenten** angeht. Sie haben aber doch schon die Freiheit, 25 Prozent der Studierenden selbst auszuwählen. Sie nutzen diese Freiheit aber nicht, können es vielleicht auch nicht, weil Auswahlgespräche eine zusätzliche Last bedeuten. Sie können uns in diesem Zusammenhang nicht vorwerfen, wir würden die Freiheit der Hochschulen beschneiden wollen. Es besteht eher die Gefahr, dass von Ihren Vorstößen nichts als heiße Luft bleibt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Frage bleibt: Wo sind Schlüsselstellen, an denen wir wirklich aktiv werden können? Frau Flach, Sie sprachen den Wissenschaftstarifvertrag an. Das ist natürlich eine Frage der Tarifpartner, aber seien wir ehrlich: Wenn Unternehmen nicht wissen, wie sie mit Bachelor- und Masterabschlüssen umgehen sollen, dann müssen Bund, Länder und Kommunen deutlich machen und als Vorbild dienen, wie damit umgegangen werden kann.

(Ulrike Flach [FDP]: Es geht dabei auch um die Anerkennung!)

Es geht auch um die Anerkennung und die Gleichwertigkeit von Bachelor- bzw. Masterabschlüssen im Fachhochschul- und Hochschulbereich. Das könnte eine

Dr. Ernst Dieter Rossmann

- (A) Schlüsselstelle sein, bei der wir die FDP nachdrücklich darum bitten: Sorgen Sie in den Ländern, in denen Sie der CDU in die Hacken treten können, dafür, dass sie dort richtig in Fahrt kommen. Im Moment ist es so, dass die CDU- bzw. CSU-geführten Länder eher bremsen.

Den **Arbeitgebern** müssen wir sagen: Wer auf kürzere Studienzeiten drängt, wer einen ersten berufsorientierenden Abschluss in Form von Bachelor fordert, der darf nicht erwarten, dass das mit einem „Diplom in kurzer Zeit“ gleichzusetzen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Man darf nicht glauben, man könne plötzlich mit einem geringeren Aufwand zum gleichen Preis ein besseres Ergebnis bekommen. Zusätzlich zum Bachelorabschluss müssen in den Unternehmen Weiterbildungspläne zur Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestellt werden. Denn dieser Abschluss alleine reicht nicht aus. Das müssen wir ganz klar und hart sagen.

Meine vorletzte Bemerkung bezieht sich auf Ihren **Antrag**, Frau Flach, den Sie bezüglich der Mitnahme von BAföG in den gesamten europäischen Hochschulraum eingebracht haben. Wir sind mit der BAföG-Novelle weit vorangekommen. Auch wir denken darüber nach, aber man muss wirklich gründlich darüber nachdenken.

(Ulrike Flach [FDP]: Nehmen Sie diesen Antrag als Anstoß!)

- (B) Dabei gibt es viele Probleme. Ich möchte Ihnen einige nennen.

Bisher gibt es Zuschlagssysteme. Wenn man diese nivelliert und auf das BAföG-Niveau bringt, dann stehen sich viele schlechter. Wollen wir das? Bisher ist nicht geregelt, ob Angehörige von in Deutschland lebenden Ausländern BAföG erhalten können. Wie ist es in Grenzregionen? Wie wirkt sich die neueste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs aus?

Wir nehmen diese Fragen auf; aber wir beantworten sie nicht in einem solchen Schnellschussverfahren, wie Sie es mit Ihrem Antrag vorsehen. Haben Sie dafür bitte Verständnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auf den Konferenzen von Bologna bis Bergen wird über den europäischen Hochschulraum gesprochen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass der Prozess in der EU mit wegweisenden Programmen wie SOKRATES und ERASMUS begonnen wurde. Es ist die finanzielle Seite, auf der sich die Kernregion für einen europäischen Hochschulraum engagieren kann, damit Studierende in den **Austausch** einsteigen können. Mittlerweile haben wir, glaube ich, den millionsten von ERASMUS Geförderten. Das ist eine große Zahl, aber im Vergleich zu 16 Millionen noch zu wenig.

Vielleicht gelingt es uns gemeinsam, die Finanzdebatte nach Europa zu tragen. Ist es wirklich gut, mit über

50 Prozent der Mittel des europäischen **Haushaltes** einen europäischen Agrarraum zu konstituieren, während man in Bezug auf den Forschungsraum mit 2,5 Milliarden Euro einen bescheidenen Fortschritt macht und Bildung mit unter 1 Milliarde Euro eine marginale Größe ist? Oder können wir zu Umgewichtungen kommen, sodass der Prozess europäischer Hochschulraum materiell unterfüttert wird?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Vorstellungen bringen wir in die Debatte ein. Es gibt viel Übereinstimmung. Es muss jetzt ein konzentriertes Zusammenwirken von Bund und Ländern mit Folgekonferenzen und Koordinierung geben. Wenn der Bund sich über das zehnte Ziel – Doktorandenstudium – freut, muss er selber Vorschläge machen. Er muss sich auf die soziale Dimension, die Mitnahme von Studienförderung nach dem BAföG, konzentrieren.

Ich freue mich, dass die Konferenz in **Berlin** stattfinden konnte. Jedenfalls mir geht es noch so. Von der konservativen Seite wird häufig suggeriert, Sozialdemokraten seien geschichtslos und gefühllos. Für mich ist es immer noch etwas Besonderes, durch das Brandenburger Tor zu gehen. Als Schüler habe ich an der Mauer gestanden und konnte nach Ostberlin nur hinüberschauen. Dass eine solche Konferenz in Berlin stattfinden kann, hat nicht nur Symbolwert, sondern bedeutet auch eine Verpflichtung:

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Brücke zu sein zwischen Ost und West in einem Hochschulraum Europa, in dem qualitative Hochschulbildung ein gemeinsames und selbstbewusstes Ziel ist.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Christoph Bergner, CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich bekenne mich zu Beginn meiner Ausführungen gerne zur Gemeinsamkeit der Zielvorstellungen und zur Kontinuität im Bemühen um das Ziel eines **europäischen Hochschulraumes**. Wir wollen einen Hochschulraum, in dem Studierende und Wissenschaftler ganz selbstverständlich von einer Hochschule eines Landes zu einer Hochschule eines anderen Landes wechseln können. Es soll keine bürokratischen Hemmnisse geben. Studien- und Prüfungsleistungen sollen anerkannt werden können. Wer mit jungen Leuten spricht, die solche Hochschulwechsel, zum Teil durch EU-Programme gefördert, absolvieren, weiß, dass wir an dieser Stelle durchaus noch manches zu tun haben.

Dr. Christoph Bergner

- (A) Aber bei aller Gemeinsamkeit in der Zielstellung gibt das Thema doch auch Anlass zu Debatten und Kontroversen.

Ich möchte mit dem **Selbstverständnis der Politik** bei der Schaffung eines europäischen Hochschulraumes beginnen. Sie, Frau Bulmahn, haben – wie ich finde, zu Recht – darauf verwiesen, dass wir mit der Schaffung eines europäischen Hochschulraumes eigentlich ein Stück Rückbesinnung vornehmen. Es ist in der Tat so: Wissenschaft war schon immer grenzüberschreitend. Die Scientific Community hat selbst die Widerstände des Eisernen Vorhangs überwunden. Das heißt, wir als Politiker haben hier nicht die Schulmeister zu spielen und die Wissenschaft in Richtung Internationalität zu drängen. Vielmehr haben wir an Internationalität in der Forschungskommunikation anzuknüpfen und dabei Konsequenzen für Studium, Lehre und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu ziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Warum sage ich das? Ich sage das, weil ich möchte, dass in diesem Prozess die Hochschulautonomie und die Wissenschaftsfreiheit weitestgehend respektiert werden. Damit knüpfe ich genau an das an, was Kollegin Reiche gesagt hat. Wie wichtig es ist, Wissenschaftsautonomie zu betonen, wird gerade dann deutlich, wenn wir uns dem Problem der Studiengänge zuwenden. Ich weiß, dass dieser Prozess nur erfolgreich sein kann, wenn die Politik Auflagen macht. Ich nenne beispielsweise die Einführung des Credit-Punktsystems und das Diplom-Supplement.

- (B) Ich bin auch dafür, ein **zweistufiges Graduierten-system** einzuführen. Aber ich halte es für problematisch, wenn wir aus politischer Perspektive die Realisierung des europäischen Hochschulraums allein an der Quote der eingeführten Bachelor- und Masterstudiengänge messen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich finde es geradezu abenteuerlich, Frau Flach, wenn wir als politisches Oktroi die Streichung herkömmlicher Studiengänge als Maßstab für den Erfolg bei der Schaffung eines europäischen Hochschulraums machen wollen.

(Ulrike Flach [FDP]: Das tut doch keiner!)

Deshalb bin ich der Kultusministerkonferenz sehr dankbar, dass sie betont, dass es auch über das Jahr 2010 hinaus gute Gründe für die Beibehaltung bewährter Diplomabschlüsse gibt.

Ich will auf wenigstens einen dieser Gründe eingehen. Wir beklagen in unserem Land – wie ich finde, zu Recht – eine Schwäche beim naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Ausbildungspotenzial und einen Mangel an entsprechenden Abschlüssen. Wenn wir dies tun, sollten wir aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die akademische Bildung im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften in ganz besonderer Weise auf **Diplomstudiengängen** beruht. Ich halte es vor diesem Hintergrund geradezu für leichtfertig, die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengänge auf

- Kosten der Diplomstudiengänge, die gestrichen werden sollen, als politisches Oktroi durchzusetzen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU – Jörg Tauss [SPD]:
Wer will das denn?)

– Entschuldigung, ich habe Frau Flach in ihrer Erwiderung auf die Äußerungen von Frau Reiche so verstanden, dass jetzt den herkömmlichen Studiengängen der Kampf angesagt werden soll.

(Jörg Tauss [SPD]: Jetzt muss ich Frau Flach
in Schutz nehmen!)

Davor kann ich nur warnen. Es wäre schön, wenn wir in diesem Punkt übereinstimmen würden. Dann würden wir vielleicht auch in einem anderen Punkt Einigkeit erreichen, auf den ich jetzt zu sprechen komme.

Wir wissen seit PISA, welche Defizite im Bereich der schulischen Bildung auftreten. Ich kann nur davor warnen, die **Lehrerbildung** gewissermaßen schockartig und flächendeckend auf ein zweigestuftes System umzustellen, da die Auswirkungen noch nicht absehbar sind. Ich bin der Meinung – in diesem Punkt unterscheiden wir uns, Frau Flach –, dass der Arbeitsmarkt und nicht der grüne Tisch der Bildungsbürokratie über die Zukunft der Diplomstudiengänge entscheiden sollte. Das ist der Punkt, auf den es uns ankommt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was den Arbeitsmarkt betrifft, so nehme ich zur Kenntnis – das steht übrigens ein wenig im Widerspruch zu offiziellen Verlautbarungen des BDA –, dass Personalchefs die breite theoretische Grundbildung, wie sie im Rahmen von Diplomstudiengängen gegeben ist, sehr wohl zu schätzen wissen, weil sie für die Einsatzmöglichkeiten und Flexibilität im späteren Berufsleben wichtig ist. Auch dies ist ein Gesichtspunkt, den wir nicht ignorieren sollten. (D)

Zweiter Punkt. Es geht nicht um Etikette, sondern um die **Qualität der Abschlüsse**. Auch darin scheinen wir übereinzustimmen. Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen? Es war wichtig, dass auf der Berliner Konferenz das Akkreditierungssystem – hoffentlich verbindlich – für den gesamten europäischen Raum vereinbart wurde. Aber damit ist natürlich neben der internen Evaluierung nur *ein* Teil der Qualitätssicherung gegeben.

Wir sollten uns darüber klar sein, dass der Bachelorabschluss strukturell in der Gefahr steht, zu einem Abbrecherzertifikat zu werden, das zwar die Statistik der Abbrecherquote verbessert, den jungen Menschen aber im Grunde genommen nicht das mitgibt, was sie auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich brauchen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann
[SPD])

– Ich wende mich nicht gegen diesen Abschluss, Herr Rossmann,

(Zuruf von der SPD: Doch!)

sondern versuche, uns vor Augen zu führen, wie wichtig die Beachtung der Qualität ist.

Dr. Christoph Bergner

- (A) Wenn wir europäisch denken, kommen wir an dem Umstand nicht vorbei, dass der Abschluss in den **Herkunftsändern** des Bachelor- und Masterabschlusses, im angelsächsischen Raum, je nach Hochschule, an der er erreicht wird, ein ganz unterschiedliches Gewicht und eine ganz unterschiedliche Bedeutung hat. Frau Bulmahn, ich hätte mir gewünscht, dass auf der Konferenz auch hierzu einmal Stellung genommen wird, damit es nicht so aussieht, als ob nur bei uns Hausaufgaben erledigt werden müssten. Auch in diesem Bereich brauchen wir eine entsprechende Anpassung und bestimmte Veränderungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Beim Gesichtspunkt der Qualität gibt es eine unge löste Strukturfrage. Es wundert mich, dass dies bisher keiner angesprochen hat. Der Ruf nach verkürzten, praxisnahen Studiengängen, der uns bei der Forderung nach der Einführung eines Bachelorabschlusses begegnet, ist zumindest in der alten Bundesrepublik Deutschland nicht neu. Die Antwort, die die alte Bundesrepublik Deutschland darauf gegeben hat, war die **Gliederung des Hochschulwesens** in Fachhochschulen und Universitäten.

Nun legen wir auf dieses gegliederte Hochschulsystem eine weitere Gliederung in Gestalt gestufter Studienabschlüsse. Wie kritisch dies für uns als Rahmengesetzgeber ist und welcher Klärungsbedarf sich an dieser Stelle ergibt, wird bei der Lektüre der Kleinen Anfrage der FDP zu laufbahnrechtlichen Konsequenzen der Abschlüsse deutlich. Dabei ist hervorgegangen, dass der Masterabschluss an Fachhochschulen einer weiteren Akkreditierung bedarf, damit er laufbahnrechtlich dieselben Konsequenzen hat, wie es ein vergleichbarer Abschluss an den Universitäten ermöglicht. Das heißt, wir werden in nächster Zeit, wenn wir die Europäisierung der Studiengänge ernst nehmen, über die Frage „Profilierung unterschiedlicher Hochschultypen versus zweistufige Studienabschlüsse“ – diese Frage wurde bisher verdrängt – sprechen müssen. Diese ungeklärte Frage will ich zumindest in den Raum stellen, um uns deutlich zu machen, dass die Verkündung von Bildungszielen allein nicht ausreicht.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jörg Tauss [SPD]: Machen Sie bei der Anerkennung mit?)

– Herr Kollege Tauss, ich kann in den wenigen Minuten Redezeit, die mir noch bleiben, nicht darauf eingehen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass gute Gründe für eine Gliederung des Hochschulwesens sprechen. Ihr Finanzminister wird Ihnen das bestätigen.

(Jörg Tauss [SPD]: Ich meinte die Anerkennung der Abschlüsse!)

Wenn gute Gründe für eine Gliederung des Hochschulwesens sprechen, dann werden wir nicht leichtfertig mit der Frage umgehen können, ob die Abschlüsse je nach Hochschule gleichwertig beurteilt werden können. Dies ist meine persönliche Meinung. Ich hoffe, wir haben noch Gelegenheit zur Diskussion über diese Frage.

(C) Ich fasse kurz zusammen: Wir sind für eine **Europäisierung des Hochschulraumes**. Dies ist ein lohnendes Ziel. Es ist prinzipiell richtig, dabei die Grenzen der EU zu überschreiten. Aber ebenso wie meine Kollegin Seib muss ich auf Folgendes hinweisen: Wenn es uns um die Ausstrahlung des europäischen Hochschulraumes geht, müssen wir unsere Kräfte kalkulieren und dürfen unsere Ambitionen nicht bis Wladiwostok ausdehnen.

Zweiter Punkt. Eine Europäisierung kann keine Uniformisierung der Studiengänge bedeuten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen eine selbstbewusste Haltung zu gewachsenen und erfolgreichen Studiengängen in der Bundesrepublik Deutschland.

Letzter Punkt. Hauptakteur in diesem Prozess müssen nach unseren Vorstellungen die Wissenschaft, die Fachbereiche und die Hochschulen selbst, sein. Die Politik hat lediglich die Aufgabe der Rahmensetzung. Diese Bescheidenheit sollten wir in der Diskussion zum Ausdruck bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin Anna Lührmann, Bündnis 90/Die Grünen.

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(D) Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die europäische Einigung wird nur Wirklichkeit, wenn auch unsere Lebensentwürfe wirklich europäisch werden. Deswegen wollen wir ein Europa des Wissens, einen europäischen Hochschulraum, schaffen: vernetzt, vergleichbar und vor allen Dingen verfügbar für alle Studierenden.

Der **europäische Bildungsgipfel** in der letzten Woche hat uns diesem Ziel ein gutes Stück näher gebracht. Der Bologna-Prozess ist der richtige Weg. Doch die Bologna-Ziele müssen jetzt schnell umgesetzt werden. Nur dann kann Europa binnen sieben Jahren zu *einem* Raum des Lernens werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich gebe zu: Noch bin ich skeptisch. Ich bin skeptisch, ob wir es beim jetzigen Umsetzungstempo wirklich schaffen, bis 2005 europaweit zweigliedrige Studienzyklen einzuführen, sprich: den **Bachelor** und den **Master**. Noch skeptischer bin ich, ob das wirklich dazu führt, dass Studierende bald problemlos beispielsweise von der Uni in Heidelberg an die Uni in Mailand oder Wien wechseln können.

Nach meinen persönlichen Erfahrungen mit den Neuerungen im deutschen Hochschulsystem – das kann ich Ihnen aus erster Hand berichten – bin ich da eher ernüchtert: So war es mir diesen Sommer nicht möglich, meine European Credit Transfer Points aus meinem

Anna Lührmann

- (A) Bachelorstudiengang an der Berliner Humboldt-Universität an die Fernuni in Hagen zu übertragen – und das, obwohl die Kurse inhaltlich nahezu identisch sind. Wenn also die Anerkennung erbrachter Studienleistungen noch nicht einmal in Deutschland klappt, frage ich mich doch, wie das europaweit funktionieren soll.

Klar ist: Der **Hochschulwechsel** muss einfacher werden. Das ist mehr als notwendig, aber nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis. Also arbeiten wir daran: in Deutschland und in Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Martin Mayer [Siegertsbrunn] [CDU/CSU])

Lesen Sie manchmal Stellenanzeigen? Wenn ja, dann wissen Sie, dass **internationale Erfahrung** und **interkulturelle Kompetenz** heute in vielen Arbeitsbereichen ganz selbstverständliche Voraussetzungen sind. Diese gelten als wesentliche Soft Skills. Doch so selbstverständlich ist diese Qualifikation gar nicht. Nur rund 10 Prozent aller deutschen Studierenden studieren im Ausland. Dafür gibt es viele Erklärungen. Die Bundesregierung hat das Problem erkannt. Sie hat das Auslands-BAföG entsprechend reformiert.

Ich glaube aber, ein wesentlicher Punkt ist, dass Studierenden stärker vermittelt werden muss, dass Europa für sie wichtig ist: sowohl als Bürgerinnen und Bürger als auch in ihrem späteren Beruf. Deshalb muss die europäische Dimension obligatorischer Bestandteil eines jeden Studienfaches werden.

(B)

Etwas mehr Europa in jedem Studium würde auch helfen, ein weiteres Problem des europäischen Hochschulraumes zu beheben. Es entsteht eine **Zweiklassenmobilität**: Die Studienplätze in der alten EU sind heiß begehrt, wohingegen nur wenige im europäischen Osten studieren wollen. Man muss halt nicht unbedingt Slowenisch sprechen, um international Karriere machen zu können. Englisch und Französisch sind da hilfreicher. Deswegen ist auch Deutschland als Studienland kein Favorit. Die Europäisierung des Studiums kann also die Lösung dieser Probleme sein.

Dazu mache ich drei konkrete **Vorschläge**, die teilweise von Frau Bulmahn schon umgesetzt werden:

Erstens. Wir brauchen europaweite Netzwerke von Hochschulen und grenzübergreifende Studiengänge. Der Transfer von Wissen, von Studierenden und Ressourcen kann so wesentlich vereinfacht werden.

Zweitens. Vor allem müssen wir die Studienangebote auch sprachlich europäisieren. Das heißt ganz konkret: mehr Seminare und Vorlesungen auf Englisch.

Drittens. Jedes Studium muss thematisch die europäische Perspektive im Blick haben. Nur dann werden die jungen Leute die Chancen Europas erkennen und auch ergreifen.

Die Europäische Union hat sich in Lissabon als strategisches Ziel die Verwirklichung eines wissensbasierten Wirtschaftsraumes gesetzt. Dafür brauchen wir europäi-

sche Bildung, dafür brauchen wir europäische Köpfe. (C) Nur so hat Europa eine Chance; nur so kann eine europäische Identität entstehen. Die Weichen sind nach dem Treffen in Bologna gestellt. Jetzt muss der Zug endlich an Fahrt gewinnen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Die Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen sowie der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1579 und 15/1582 sollen zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.